

Eübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Seite oder deren Raum 80 Hg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Hg., auswärtige Anzeigen 80 Hg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, frühere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 282.

Mittwoch, den 3. Dezember 1919.

26. Jahrg.

Britische Sorgen und Weltpläne.

Die Vernichtung Deutschlands durch den britischen Kapitalismus.

Unter dieser Ueberschrift leitartikelt der „Labour Leader“ am 20. November:

Der schreckliche Ring von Hunger, den die Ententemächte um Mittel- und Osteuropa ziehen, ein Ring von Entbehrungen an Nahrungsmitteln und Rohstoffen, dessen Wirkung noch tödlicher wird durch die Entziehung von Eisenbahnmateriale, Schiffen, Docks und Werften, scheint auf den ersten Blick so raffiniert grausam und rachsüchtig zu sein, daß man ihn kaum ausdenken, geschweige verstehen und ausführen könnte.

Die Idee der Bestrafung der verantwortlichen Führer des deutschen Reiches, obwohl parteiisch und stumpf, kann wenigstens durch eine barbarische Auffassung von Gerechtigkeit begründet werden. Aber der Gedanke, diese Bestrafung auf unbestimmte Zeit zu vertagen, dafür aber sofort Maßnahmen zu ergreifen, um das einfache Volk, das gegen jene Führer sich erhebt und sie stützt, den Qualen des Hungertodes, den Torturen der wirtschaftlichen Vernichtung auszuweichen, ist ein Tolhaustrium, der nichtsdestoweniger verwirklicht wurde.

Aber der Blockade wohnt eine Absicht inne, die Absicht einer herzlosen staatsmännischen Kunst, die dem Forscher des britischen Imperialismus leider nur zu bekannt ist. Es ist eine staatsmännische Kunst, die kalt, reuelos und unpersönlich ist. Sie ist der Ausdruck eines Nationalismus, der von Jahrhundert zu Jahrhundert wahrnehmbar, nach der Welt Herrschaft strebt. Ihre Mittel sind: das Gleichgewicht der Mächte und die britische Flotte. Beide waren ursprünglich nur Mittel zum Schutze der englischen Nationalität. Nach und nach wurden sie zu Mitteln der Welt Herrschaft und der Blockade.

In der Vergangenheit: Die geographische und wirtschaftliche Lage befähigte unsere Herrscher, eine ungeheure Seemacht aufzubauen, die ein weltweites Reich, einen umfassenden Seehandel und eine unbegrenzte Flotte einschloß. Die zusammengefaßte Seemacht befähigte sie, den Anspruch Bacos und Raleighs zu verwirklichen, daß „wer die Meere der Welt beherrscht, beherrscht den Handel der Welt und somit auch die Welt“.

Spanien, Holland, Frankreich und Deutschland haben nacheinander diese Herrschaft bedroht, und jedes von ihnen wurde niedergeworfen. Heute beherrscht Britannien mehr denn je den Kontinent. Spanien und Holland sind nur noch Erinnerungen, Frankreich ist ruiniert, Deutschland und Oesterreich zerbrochen, Rußland ist außer Aktion gesetzt.

Britanniens neue Weltbewerber: Amerika und Japan. Aber heute bedeutet die Beherrschung Europas nicht mehr die Beherrschung der Welt, wie dies vor 100 Jahren der Fall war. Jenseits des Atlantischen Ozeans haben die Vereinigten Staaten eine riesenhafte Handelsmarine aufgebaut und bedrohen wirklich die Vorherrschaft Britanniens.

Ostlich von Singapore hat Japan seine Herrschaft über China errichtet und bedroht bereits die indischen Märkte. Britannien hat seine Flotten in den europäischen Gewässern, verhandelt seine Kapitalien an Amerika um Schießbedarf, feste Indien und sein östliches Ansehen der japanischen Gefahr aus. Die britischen Herrscher wissen, daß, wenn sie nicht in kürzester Zeit ihre wirtschaftliche Macht wiederherstellen, sie alle politische Macht und alles übrige einbüßen werden.

Die neue Bedeutung Osteuropas: Deshalb richten sie in wachsendem Maße die Aufmerksamkeit auf die enormen Landmassen Eurasiens (= Europa und Asien), die doch wirklich nur einen Kontinent bilden, wovon Skandinavien und Westeuropa nur Vorberge sind. Diese weite Fläche wird durchzogen nicht nur von mächtigen Strömen, sondern auch vom Mitteländischen, Schwarzen, Roten, Persischen und Baltischen Meer. Moderne Verkehrsmittel, Eisenbahnen, Automobile, Motorboote und Wasserwege werden bald diese ungeheuren Gebiete wie ein Netz bedecken und mit einander verbinden und der Erzeugung von Reichtümern in einem Maßstabe erschlossen werden, wie er bis jetzt noch nie versucht worden ist.

Die wirkliche Frage: Soll diese Erschließung auf genossenschaftlicher Grundlage durch die Völker nur für die Völker vollzogen werden, also auf Grundlage des Sozialismus, oder soll dies alles durch kapitalistische Unternehmer geschehen, die die Arbeiter und Naturkräfte dieser Länder Räume noch grausamer ausbeuten werden wie ihre eigenen — im schmutzigen Interesse der Aktienbesitzer?

Die Politik der britischen Regierung: Ziel und Umfang der Politik der britischen Regierung kann man aus dem folgenden Auszug aus einem „Blaubuch“ ersehen, das unter dem Titel: „Die Aufgaben der britischen Armee“ loben erschienen ist:

Wenn wir auch zugeben, daß wir alle Gedanken auf die Wahrung der Einheit unserer regulären Armee und auf den bemessenen Schutze unserer Handelsmärkte aufgeben, so haben wir doch die Wirkung zu erwägen, die eine Zurückziehung unserer Truppen aus den Kriegsgeländen haben kann. Europa ist von einem Ende zum anderen in Un-

ruhe; neue Länder entstehen; die Saat des Bürgerkrieges keimt überall östlich von Skandinavien und östlich Italien. Es müßten viele Jahre vergehen, bis wieder Ordnung herrscht. Der ganze osteuropäische Wirrwarr muß noch geordnet werden. Das ganze Problem des ottomanischen Reiches und des Islams ist noch ungeklärt. Wir übernehmen Verantwortlichkeiten im gequälten Armenien und Mesopotamien. In Ägypten, ebenso an den Pforten Indiens. In Ostafrika muß noch manches geregelt werden. Nicht in einem Jahre, nicht in zwei, drei oder vier Jahren können diese Dinge geordnet sein. Man sagt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker werde eine neue Ordnung der Dinge einleiten. Aber darf man annehmen, daß in den obengenannten Gebieten die Fähigkeit vorhanden sei, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben? Einige britische Offiziere und Soldaten werden dort bei der Lösung der Fragen heilsam wirken.“

Der besondere Zweck der Blockade: Der Erfolg jener Politik, die aus allen Gebieten, wo die kapitalistische Autorität zusammengebrochen ist, britische Protektorate machen will, hängt ab vom Umsturz der russischen Sowjet-Republik und von der dauernden Niederhaltung des deutschen Volkes. Das früher erwähnte Blaubuch vergleicht „den gegenwärtigen Zustand der Welt“ und den „Zustand nach dem Sturz Karthagos, das die Gebiete des Mitteländischen Meeres beherrscht hatte, und die dann von Rom übernommen wurden.“ Wir fragen: Wersollt die britische Regierung den Plan, das deutsche Volk so zu vernichten, wie der römische Senat die Zerstörung Karthagos vollzog? Gibt die britische Regierung, das Instrument des britischen Kapitalismus, Millionen von Deutschen und Oesterreichern dem Hungertode und der Verelendung preis, um das deutsche Volk auf immer und ewig zu schwächen? Nimmt sie ihm die Möglichkeit, die notwendigen Nahrungs- und Heizungsmittele zu erlangen, um die deutschen Kinder dem Frost, dem Hunger, der Tuberkulose zu überantworten? Sollen Millionen Kinder deutscher Arbeiter untergehen, damit der britische Kapitalismus seine Ausbeutungspläne ungehindert ausführen kann? Soll Mitteleuropa ein zweites Irland werden, wo Hunger und Auswanderung das Land entvölkern?

Die Ostsee als nordisches Mitteländisches Meer. Die Kapitalisten des Vereinigten Königreichs (England, Schottland und Nordirland) stützen mit einem Waffenschatz auf die Naturkräfte Rußlands, Finnlands und Sibiriens. Die schottischen Spinnereibesitzer wollen den russischen Flachs und Hanf in eigenen Fabriken in Riga, Lissau und Reval verarbeiten lassen, die englischen Möbelfabriken begehren die Wälder Finnlands und Rußlands.

Die Ostsee soll ein nordisches Mittelmeer werden, um den Reichtum des Nordens nach den britischen Ufern zu bringen. Sollen deswegen Rußland und Deutschland untergehen?

Die Entscheidung liegt bei der britischen Arbeiterklasse! M. B.

Der Oberste Rat gegen die Heimsendung der Kriegsgefangenen.

Im Berlin, 8. Dezember. Die Antwort des Obersten Rates auf die jüngste deutsche Note wegen der Auslieferung d. deutschen Kriegsgefangenen lautet: Was die Kriegsgefangenen anbetrifft, so hat Deutschland ein durch den Friedensvertrag, den es unterzeichnete, festgesetztes Recht, und das sagt, daß die Heimsendung der Gefangenen an dem Tage beginnen soll, wo der Vertrag in Kraft tritt, also nach vollständigem Austausch der Nationalitäten. Die Alliierten behaupten, daß die Anspielungen auf französische Beschuldigungen jeder Begründung entbehren. Die Heimsendung der Kriegsgefangenen wurde unterbrochen, weil einzelne Punkte des Waffenstillstandes von der deutschen Regierung gebrochen oder nur unvollständig erfüllt wurden. Die dadurch hervorgerufene Verzögerung der Ratifikation durch die Handlungsweise der deutschen Regierung wirft die volle Verantwortlichkeit für alle Folgen auf die Schultern der deutschen Regierung, besonders für die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen in Frankreich, die dort, wie bereits bemerkt, wohlwollend und menschlich behandelt werden. Die Deutschen bestreiten es selber nicht, daß zahlreiche Verbrechen begangen worden sind, und daß die Moral der Welt Schaden litt. Wenn diese Verbrechen, deren Uebelher bekannt, unbekannt bleiben, wer das erkennt, der kann nicht verstehen, daß Deutschland damit zögerte, die Sühne für diese Verbrechen vorzubereiten.

Die Note führt ferner aus: Die deutsche Regierung sei an der Verzögerung der Heimsendung der Gefangenen schuld, denn sie habe bis heute noch nicht auf die Note vom 11. November geantwortet. Ferner habe sie erst ihre Abgeordneten nach Paris geschickt, um die Arbeiten der Kapitulationskommission in die Wege zu leiten und dann diese Delegierten zwei Tage nach ihrer Ankunft wiederum abberufen und zwar scheinbar das Datum und die Bedingungen zur Prüfung der aufzunehmenden Fragen im Einver-

ständnis mit diesen Abgeordneten festgestellt worden war. Die deutsche Regierung gibt sich alle Mühe, durch die Kriegsgefangenenfrage die öffentliche Meinung Deutschlands gegen die Alliierten und besonders gegen Frankreich aufzuheben.

Generalfreist in Rom.

Nach der Eröffnung der italienischen Kammer kam es, wie sich Schweizer Blätter aus Rom berichten lassen, wiederholt in verschiedenen Stadtteilen, besonders vor dem Parlament, zu Zusammenstößen zwischen Sozialisten und Nationalisten, wobei auch mehrere sozialistische Deputierte verwundet wurden. Infolgedessen erklärten die Sozialisten den Generalfreist für Rom auf unbegrenzte Zeit, mit Beginn von Montag früh.

Auch in Florenz ist der Tag stürmisch verlaufen. Militär besetzte die Hauptplätze und Straßen. Einige Abteilungen feuerten in die Luft. Es gab eine Anzahl Verwundeter.

Eine Ententenote über die deutsche Wehrmacht?

Die „Kreiers Bureau“ meldet, daß der Oberste Rat auf Vorschlag von Foch beschlossen, von Deutschland die Aufhebung seiner gegenwärtigen militärischen Organisationen zu verlangen, da sie im Widerspruch zu den Rechtsbestimmungen des Friedensvertrages ständen. Eine Note über die deutsche Wehrmachtorganisation soll nach der „Post. Ztg.“ auch bereits in Berlin eingetroffen sein. Näheres über ihren Inhalt ist bisher noch nicht bekannt geworden.

Die Entente lenkt ein.

Aus Paris läßt sich die in der Regel gutunterrichtete „Frankf. Ztg.“ berichten: Der energische Protest der deutschen Regierung wegen der Nichtlieferung von Schiffen hat seine Wirkung nicht verfehlt. Man rechnet mit der Möglichkeit eines Nachgebens der Entente. Auf jeden Fall wird man sich zum erstenmal bewußt, daß man den Bogen zu stark gespannt hatte. — Andererseits versucht man, die Abreise der amerikanischen Delegation der Friedenskonferenz hinauszuschieben, obwohl jetzt schon die Amerikaner ihren Vertreter Wallace mit der Weiterführung der Konferenzangelegenheiten betraut haben.

China und die Mittelmächte.

Amlich wird mitgeteilt: Der Erlass des Präsidenten von China vom 16. September 1919 über die Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen China und Deutschland bezieht sich u. a. darauf, daß durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages zu Versailles dem Kriegszustand zwischen den Alliierten und Deutschland ein Ende gemacht sei. Er verweist auf Chinas Unterschriftenverweigerung wegen der Schantungartikel und gibt die Begründung des Kriegszustandes zwischen der chinesischen Republik und dem Deutschen Reich bekannt.

Ein weiterer Erlass vom 18. September verkündet dasselbe für die Beziehungen zu Oesterreich. Für deutsch-österreichische Staatsangehörige bleiben jedoch die seit Kriegsausbruch erlassenen Verordnungen bis zu ihrer ausdrücklichen Aufhebung in Anwendung.

Ende der internationalen Arbeitskonferenz.

Die internationale Arbeiterkonferenz in Washington führte Montag ihre Arbeiten zu Ende. Eine lebhafteste Auseinandersetzung entstand über die Zusammenlegung des Direktionsausschusses, von dessen 24 Mitgliedern 20 Vertreter europäischer Staaten sind. Besonders waren es die Vertreter Südamerikas, die eine bessere Vertretung verlangten. Gleichzeitig richteten sie einen Appell an die europäischen Delegierten, die außereuropäischen Länder wirksam zu unterstützen. Die Erörterung der Klauseln über die landwirtschaftlichen Arbeiter wurde auf die nächste Tagung verschoben. Zum Schluß wurde den versammelten Delegierten noch mitgeteilt, daß das internationale Arbeitsamt seinen Sitz vorerst in London nehmen wird, wo auch das Sekretariat des Völkerbundes vorübergehend seinen Sitz aufschlägt wird. Es wurden zwei Delegierte bestimmt, die mit dem Generalsekretär der internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas die Organisation eines Arbeitsamtes sofort in die Wege leiten sollen. Die erste Sitzung des Direktionsausschusses findet am 24. Januar 1920 in Paris statt.

Pariser Märchen.

Die „Presse de Paris“, das Sammelorgan der Pariser Zeitungen während des Buchdruckerstreiks, brachte in einer ihrer letzten Nummern einen groß aufgemachten, aufsehenerregenden Bericht, der aus Düsseldorf berichtet ist und der das Tagesgespräch von Paris bildet. In diesem Bericht wird erklärt, die Kommunisten in Rheinland und Westfalen wären einem groß angelegten revolutionären Putsch auf die Spur gekommen. In aller Stille hätten sie im Rheinland fünf große, aufs Beste ausge-

...ste royalistische Freikorps gebildet, denen sich drei Reichsregimenten angeschlossen hätten. Anfang Dezember werde Wilhelm II. in Begleitung des früheren Kronprinzen aus Holland fliehen und nach Deutschland zurückkehren. Im Rheinlande werde er sich dann an die Spitze dieser royalistischen Truppen setzen und damit sofort nach Berlin marschieren, wo sofort das Reichstags- und alle öffentlichen Gebäude besetzt und die Nationalversammlung aufgelöst werden soll. Es sei alles bis ins Kleinste ausgearbeitet, und die deutschen Royalisten seien der festen Überzeugung, daß die Wiederherstellung des Kaiserreichs ohne Blutvergießen erfolgen werde. — Soweit die „Presse de Paris“, die ihren Lesern zumutet, diesen hellen Wahnsinn allen Ernstes zu glauben. Und was das Schlimmste? er wird geglaubt!

Serbisch-ungarischer Grenzkampf.

Das serbische Oberkommando teilt mit: Am 29. November griff eine ungarische Abteilung, der auch eine Anzahl Divisionen angehörten, unversehens unsere Grenzposten auf der Demarkationslinie auf der Mur-Isel an und brach in das Städtchen Lendva ein. Die Besatzung von Lendva schlug die Ungarn über die Demarkationslinie zurück. Unsere Verluste sind schwer. Die Verluste der Ungarn sind unbekannt.

Stürmische Auseinandersetzungen bei den U. S. P. D.

Auf dem Parteitag der U. S. P. D. in Leipzig kam es Dienstag zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen dem rechten und linken Flügel. Simon (Kürnbarg) fragte die Parteileitung, ob es richtig sei, daß Mitglieder der Berliner Zeitung mit dem Vorstehenden der kommunistischen Partei, Paul Levi, über die Frage der Stellung zur Internationalen verhandelt haben. Sollte das richtig sein, so wäre es ein merkwürdiges Verhalten, das der Einheit und Selbständigkeit der Partei schwer gefährden müßte. Mitglieder der Parteileitung dürften nicht mit währenden Genossen einer gegnerischen Partei verhandeln. (Zustimmung und Widerspruch.)

Crispien: Der Parteitag ist von diesen Dingen nichts bekannt. (Lachen.) Es können höchstens einzelne ihrer Mitglieder solche Verhandlungen geführt haben.

Söder: Levi ist in Leipzig an mich herangetreten und hat mit mir über die Stellung der „Unabhängigen“ zur dritten Internationalen gesprochen. Er hat mir gesagt, daß für den Fall unseres Anschlusses an die Moskauer Internationale, den wir durchzuführen hoffen (teilweiser Beifall), ein Sitz für die deutschen „Unabhängigen“ im Bureau der Moskauer Internationale freigehalten worden sei. Es handelte sich um ein Privatgespräch, von dem ich sofort dem Parteivorstand Mitteilung gemacht habe.

Simon: So einfach ist die Sache nicht. Wenn jemand zufällig ein Gespräch mit den Rechtssozialisten gehabt hätte, wie würden Sie lächeln! (Zustimmung und großer Sturm.) Derartige Sonderbesprechungen müssen die Einheit der Partei gefährden. (Zustimmung und Widerspruch.) Das Verhalten Söders steht einzig da und muß wie Sprengpulver wirken.

Brag: Zufällig war auch ich bei den Verhandlungen dabei. Wenn man nichts anderes gegen uns vorbringen kann, so ist das bezeichnend für die Kampfesweise des rechten Flügels. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir waren mit Levi in der Wohnkur Kur Geyer zusammen. (Hals-Rufe.)

Dr. Cohn: Es ist eine Frage der Taktik und der Parteipflicht, wie weit solche Sonderbesprechungen erlaubt sind. Jedenfalls haben sie hier in Leipzig stattgefunden mit dem Leiter einer Partei, die uns täglich beschimpft, und mit der wir in heftigem Kampfe stehen. (Zustimmung und Widerspruch.)

Kurt Geyer: Cohn hat kein Recht, in dieser Weise über unsere Verhandlungen zu sprechen, denn er hat in der Nationalversammlung fortwährend in Fühlung mit den Rechtssozialisten gestanden und sich für den Fall des Anschlusses einen Posten im Vorstand vorbehalten. (Stürmisches Gerede, Lachen!) Angesichts der Treibereien im Lande, die auf eine Vereinigung mit den Rechtssozialisten hinauslaufen, ist eine Abwehr unsererseits notwendig.

Unter den weiteren Rednern befand sich auch einer aus Kiel, der erzählte, daß ein Mitglied der „unabhängigen“ Redaktion in Kiel von Dr. Kurt Geyer ebenfalls ein Schreiben erhalten habe, das bestimmt war, den Anschluß an die dritte Internationale zu betreiben.

Schließlich wurden die Verhandlungen vertagt. Sie sollen bei dem Punkt der Tagesordnung, der die Stellung der Partei zur Internationalen betrifft, weitergeführt werden.

Über die Steuerfragen berichtete der Abg. Wurm. Die Forderungen des Parteitag sind folgende: Progreßiv gestaffelte Besteuerung auf Vermögen, Erbschaft und Einkommen. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die die Interessen der Allgemeinheit des Interesses einer bevorzugten Minderheit opfern. Die U. S. P. D. erklärt, daß die unverzügliche Inangriffnahme der Sozialisierung unumgänglich notwendig sei, um der Gesamtheit die sonst den Kapitalisten zustehende Mehrwertrate zugunsten zu verfahren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Kapitalertrags-Steuergesetz.

Der Nationalversammlung ging der Entwurf des Kapitalertrags-Steuergesetzes zu. Nach dem Entwurf wird von dem Ertrag aus Kapitalvermögen eine Reichsteuer erhoben. Steuerpflichtig sind Erträge aus inländischen und ausländischen Kapitalanlagen. Da die Steuer eine Ertragssteuer ist, kommt der Abzug von Schulzinsen und Verzugszinsen nicht in Betracht. Nur von Erträgen der ausländischen Kapitalanlagen kann die auf den Erträgen ruhende Auslandssteuer abgezogen werden. Berechnungen, wonach der Schuldner die Steuer zu Lasten des Gläubigers überwälzt, sind nichtig. Die Steuer beträgt 10 vom Hundert. Bei kleineren Renten wird unter gewissen Bedingungen die Kapitalertragssteuer zu drei Vierteln auf die Einkommensteuer angerechnet. Das Gesetz soll am 1. März 1920 in Kraft treten.

Bereitschließung des Verkehrs.

Der Nationalversammlung sind zwei Gesetzentwürfe zugegangen, von denen der eine die Eisenbahnaufsicht des Reiches regelt, während der zweite eine vorläufige Regelung der Zufahrt festlegt. Nach dem Gesetzentwurf über die Eisenbahnaufsicht wird die Reichsaufsicht auch über die nicht vom Reich verwalteten Eisenbahnen in Zukunft vom Reichsverkehrsminister ausgeübt werden. Das Gesetz über die Errichtung eines Reichseisenbahnamtes wird aufgehoben. Das Gesetz sollte am 1. Oktober d. J. in Kraft treten. In der Begründung des Entwurfs wird darauf hingewiesen, daß nach Übertragung der Staatsbahnen durch das Reich für die Aufsicht der Eisenbahnen eine besondere Behörde nicht mehr erforderlich sei. — Der Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Regelung der Zufahrt ermöglicht die Reichsregierung die Bearbeitung der die Zufahrt betreffenden Angelegenheiten auch eher als den bisher

zuständigen Behörden zu übertragen. Es ist in Aussicht genommen, das Luftfahrtwesen völlig dem neugebildeten Reichsverkehrsministerium zu unterstellen.

Und doch!

Die preußische Landesversammlung hat Montag in dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Sozialisierung der Charlottenburger Wasserwerke angenommen, den sie in zweiter Lesung abgelehnt hatte. Bekanntlich ist ihr aber durch die Reichsverfassung die Zuständigkeit genommen, die Enteignung mit Gesetzeskraft zu vollziehen. So muß die Vorlage noch einmal an die Nationalversammlung und den Reichsrat gehen, um die Bekräftigung als Reichsgesetz zu erhalten. Aber mit der Empfehlung, der Faktoren der preußischen Gesetzgebung wird sie dort zweifellos angenommen werden.

Um den ganzen Erfolg dieses Feldzugs ausmessen zu können, muß man die ungeheuren Schwierigkeiten kennen, welche dem Steine entgegenstanden. Nur dadurch, daß sich die Arbeiterabgeordneten aus dem Zentrum und der Demokratischen Partei aus dieser auch einige feinere Köpfe unter Führung des früheren Ministers Dr. Breuk gegen die Entschädigung von Spekulationsgewinnen und für das Allgemeininteresse einsetzten, war es möglich, nach in letzter Stunde eine Mehrheit auf das heißumstrittene Gesetz zu vereinigen. Seine Annahme erfolgte in Form eines Antrages unserer Partei, der nicht im geringsten ein Kompromißantrag war, sondern die wesentlichen Faktoren des ursprünglichen Gesetzentwurfes vollständig enthielt.

Eine besondere Erwähnung bei der Durchsicht dieses ersten Sozialisierungsgesetzes in Preußen bildet die Haltung der „Unabhängigen“. Auch diesmal wußte ihr Redner, Abg. Leib, nichts Besseres zu tun, als seine Angriffe gegen die Mehrheitssozialdemokratie, die Trägerin dieses Gesetzes, zu richten. Oberdrei behauptete er, daß die Landesversammlung sehr wohl in der Lage wäre, das Gesetz endgültig zu verabschieden. Als ob der Mann den Artikel 153 der Verfassung nie gelesen und aus den wochenlangen Verhandlungen über diese Vorlage nicht das Geringste gelernt hat! Preußen hätte im Rahmen seiner Zuständigkeit volle Entschädigung zahlen und die Entschädigung durch Richterurteil festsetzen lassen müssen. Gerade das nicht zu tun, darauf kam es eben an. Herr Leib hatte sich nicht einmal die Mühe genommen, die Reden seines eigenen Parteifreundes Dr. Rosenfeld in der zweiten Beratung zu lesen.

Aber trotz alledem: Wir haben es geschafft! Die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke, die als Kampfgegenstand schon ein Symbol geworden war, ist beschlossen und wird Gesetz werden, so wie es dem Gemeinwohl entspricht. Und die Arbeiter aus allen Parteilagern hatten sich zusammengefunden, um diesen Erfolg herbeizuführen und sicherzustellen.

Die M.-Glabacher Stadtverordnetenwahlen.

Bei den Stadinerordnetenwahlen in München-Glabach erhielten die Sozialdemokraten 11, die Deutsche Volkspartei 5, die Demokraten 2 und die Deutschnationalen 1. Gegenüber den Nationalversammlungswahlen verloren das Zentrum 3700 und die anderen Parteien je 1000 Stimmen.

Kleine politische Nachrichten.

Die sozialdemokratische Fraktion der preußischen Landesversammlung hat ein Gesetz eingebracht, wonach die Amnestie für Disziplinarvergehen für die Zeit vom 9. November 1918 bis 9. Mai 1919 erweitert werden soll.

Die „Germania“ veröffentlicht eine Enzyklika des Papstes zur Unterstützung der hungernden Kinder in den Ländern Mitteleuropas.

Nach einer Meldung aus London bestätigt es sich nicht, daß auf den von englischen Zerstörern nach Dover geschleppten beiden deutschen Schiffen sich deutsche Marineangehörige (U-Boot-Offiziere) befunden haben sollen.

Nach einer Meldung aus Brüssel ist Senator Malot in Lachen eingetroffen, wo er als Vertreter Belgiens mit den deutschen Delegierten die Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über Moresnet, Eupen und Malmedy besprechen wird.

Der Präsident des rumänischen Ministeriums erklärte, Rumänien werde den österreichischen Friedensvertrag ohne Vorbehalt unterzeichnen.

Wie die „P. P. R.“ erfahren, hat in der Reichsratsitzung vom vorigen Sonnabend bei der Abstimmung über das Landessteuergesetz neben den Vertretern von Baden und Hessen auch der Vertreter Bayerns gegen das Gesetz gestimmt.

Durch ein Dekret der französischen Regierung wird in Elsass-Lothringen das französische Strafrechtbuch eingeführt, doch bleiben die bisherigen kantonrechtlichen Bestimmungen über das Schul- und Straßwesen, sowie über die Arbeitsregelung der Industrie bestehen.

Nach der nationalsozialistischen Fraktion „Wandelst“ trat die nationalsozialistische Partei aus der Regierungsgruppe in Tschechien aus. Das englische Unterhaus hat den Plan der Ausgabe von Prämien-Schahscheinen mit 276 gegen 84 Stimmen verworfen.

Lady Astor, das erste weibliche Unterhausmitglied, hat ihren Sitz bereits eingenommen. Sie wurde von Bassfort und Lloyd George eingeführt und allgemein begrüßt, als sie sich zur Eidesleistung begab.

Nach der „Agence Havas“ ist das spanische Ministerium zurückgetreten.

Aus Washington wird gemeldet: Der Senator Newberry ist wegen Bestechung und Verschönerung unter Anklage gestellt mit 130 anderen Personen, die als seine Wahlagenten dienten oder Bestechungsgelder angenommen haben.

Italien.

Ein italienischer Fall Soboul.

Aus Mailand wird der „Don“ gebräutet: Nun hat auch Italien seinen „Fall Soboul“. Die weisevolle Schicksale des in Turin gewählten Abgeordneten Risiani, der politisch etwa die gleichen Anschauungen vertritt, wie die Partei mit dem Bolschewismus liehangelnde Richtung der Gruppe Bordiga innerhalb der sozialistischen Partei Italiens, erregen im ganzen Lande das höchste Interesse. Risiani war ursprünglich Eisenbahner in Neapel. Wegen mehrfacher Beteiligung an Streiks aus dem Dienste entlassen, ging er nach Mailand, woher er als Redakteur am dort erscheinenden Parteiorgan, dem „Avanti“, Beschäftigung fand. Bei Ausbruch des Krieges wurde er als Infanterist eingesetzt, desertierte einige Zeit später aus dem Schützengraben und fand auf seiner Flucht ein Asyl in der Schweiz. Später wurde er offenbar auch den eidgenössischen Behörden lästig, und so wurde Risiani auch aus der Schweiz ausgewiesen. Er fand dann in Deutschland Zuflucht, und zwar in Berlin. Hier betätigte er sich an revolutionären Bewegungen, was ihm eine halbjährige Gefängnisstrafe eintrug, die er auch in Deutschland absaß. Sein angeblichster Aufenthaltsort ist Wien. Der Wiener Abgeordnete wird sein Kammermandat vorerst nicht ausüben können, da ihn das Kriegsgericht des 2. Armeekorps in continental zum Tode durch Erschießen verurteilt hat. Daß das italienische Proletariat in ihm eine Art Kämpfer erblickt, geht aus der Tatsache hervor, daß Risiani noch in einem zweiten Wahlkreis gewählt worden ist.

Die italienischen Sozialisten an die ägyptischen Nationalisten.

Der sozialistische Parteisekretär sandte den ägyptischen Nationalisten ein Sympathiegramm, worin er den Ägyptern der Unterstützung der italienischen Sozialisten im Kampf um ihre Unabhängigkeit versichert.

Polen.

Geheilige Einführung des Achttundentages.

Wie aus Warschau gemeldet wird, hat der polnische Landtag den Gesetzentwurf für den achttündigen Arbeitstag angenommen.

Norwegen.

Protest gegen die Blockade Rußlands.

Das Storting beschloß, der Regierung vorzuschlagen, die Forderung der Entente auf Beteiligung an der Blockade gegen Rußland abzuweisen und sofort die Arbeiten für eine Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zum russischen Volk wieder aufzunehmen.

England.

Die Waliser Bergarbeiter für einen politischen Streik.

Wie das „Reuterische Bureau“ aus London meldet, ergab sich bei der Abstimmung der Bergarbeiter von Wales darüber, ob gegen die Einführung einer Einkommensteuer unter 250 Pfund Sterling Widerstand zu leisten sei, eine Mehrheit zu Gunsten des Streiks.

Niederlandgebung der Sinnfeiner.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß es in Londonberry zu einer Riesenlandgebung gegen die Proklamation der britischen Regierung, nach der die Sinnfeiner-Organisation unterdrückt wird, kam. Das Sinnfeinermitglied des britischen Parlaments, Mac Neill, erklärte, das irische Volk verachte das Gesetz, das sich auf Bajonette stütze. Es sei fest entschlossen, nicht zuzulassen, daß die britische Regierung der Polizei gestatte, ihren Stiefel auf den Nacken des irischen Volkes zu legen.

Ägypten.

Wie sich holländische Blätter aus Kairo berichten lassen, hat der General Allenby scharfe Maßnahmen zur Unterdrückung der Aufstandsbewegungen getroffen. Alle Personen, die im Verdacht stehen, an dem Aufstandsplan teilgenommen zu haben, wurden verhaftet und sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Trotz dieser Vorkehrungen ist der Aufstand noch nicht unterdrückt, denn jeden Tag folgen neue Attentate auf britische Beamte und Offiziere.

China.

Tibet erkennt die Oberhoheit Chinas an.

Nach dem „Temps“ fanden in Peking Verhandlungen zwischen der chinesischen Regierung und Vertretern der englischen Regierung statt, die zur Anerkennung der Autonomie von Tibet geführt haben sollen. Tibet habe jedoch seinerseits die Oberhoheit Chinas anerkannt. Der „Temps“ sagt, daß diese Nachricht in Japan große Aufmerksamkeit fand.

Vereinigte Staaten.

Eröffnung des Kongresses.

Der 66. Kongress ist Dienstag eröffnet worden und wird wahrscheinlich bis zum Herbst zusammenbleiben. Die Vorkauf des Präsidenten, dessen Zustand sich übrigens wieder verschlechtert haben soll, liegt noch nicht vor. Lodge soll erklärt haben, daß die von ihm zum Friedensvertrage vorgeschlagenen Vorbehalte ein unerbilliges Minimum darstellen, und daß daher Wilson ohne ihre Annahme die Ratifizierung nicht erlangen kann.

Der mexikanische Konflikt.

Wie dem Amsterdamer „Handelsblad“ aus Washington gemeldet wird, hat die amerikanische Regierung an die mexikanische eine neue Note gerichtet, in der sie darauf hinweist, daß ihre beiden früheren Noten durch die mexikanische Regierung mit systematischer Gleichgültigkeit behandelt worden seien und daß sie das Gefühl habe, daß die Regierung von Mexiko mit den Amerikanern Spott treiben wolle.

Nach einer Meldung der „New York Times“ soll übrigens schon wieder ein amerikanischer Bürger durch mexikanische Spiondaten getötet worden sein.

Brasilien.

Die deutsch-brasilianischen Handelsbeziehungen.

Die Regierung hat dem Parlament eine Vorlage gemacht, wonach innerhalb zweier Monate die Handelsbeziehungen mit Deutschland voll aufzunehmen sind.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 3. Dezember.

Der Sozialdemokratische Verein hielt am Dienstagabend eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Zunächst widmete der Vorsitzende den verstorbenen Mitgliedern Rettung, Jaasch, Schwarz, Müller, Schönning, Bohse, Kake und Pape einen warmen Nachruf. Das unermüdete, vorbildliche Wirken des letzteren für die Sache des Proletariats wurde in warmen Worten besonders hervorgehoben. Die Versammelten ehrten das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Darauf hielt Genosse Friedrich einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Kommunismus und Sozialismus“. Redner betonte, daß über den Kommunismus noch viel Unklarheit bestehe und daß besonders scharf den Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialismus hervor. Die Spielart des deutschen Kommunismus hätte viel Ähnlichkeit mit dem russischen Bolschewismus. Die Eigenart des Kommunismus sei seine Tendenz zur Zerstückelung. Er ist auch ein Sammelbecken für viele fragwürdige Elemente, so daß man auch von einem kommunistischen Sumpf sprechen könne. Redner zeigt an einigen Beispielen, wie die Kommunisten von den Bürgerlichen mit Geld unterstützt würden, um die Sache des Proletariats zu schädigen. Das kommunistische Endziel sei die Auflösung des Staatsgebildes und die Zerstörung des Wirtschaftsorganismus. Die wirtschaftlichen Streiks versuche man zu politischen zu machen. Auch an der Vernichtung der Gewerkschaften arbeite man fortgesetzt. Wer heute die mühsam aufgebauten Gewerkschaften zerstöre, arbeite im Interesse der Unternehmer und sei ein großer Feind der Arbeiterchaft. Ueber das kommunistische Rätesystem herrsche in den eigenen Reihen sehr verschiedene Anschauungen und Widersprüche. Der Kommunismus wolle sein Ziel nicht durch die Demokratie, sondern durch die Diktatur erreichen. Kommunismus und Sozialismus unterscheiden sich wie Feuer und Wasser. Der Kommunismus führe zum Anarchismus. Der von Marx und Engels gezeigte Weg führe den Sozialismus zum Ziel. Nur auf dem Wege der Demokratie sei der Sozialismus

mus möglich. Der den Aufstieg des Proletariats wolle, müsse für den Sozialismus wirken. Dann gab Gen. Bromme die Abrechnung über die Revolutionsfeier. Einer Einnahme von 782 Mk. steht eine Ausgabe von 1006 Mk. gegenüber, so daß ein Reibtrag von 224 Mk. vorhanden ist. Zur Parteisekretärwahl berichtete Bromme über die eingegangenen Bewerbungen. Der vielfach gewünschte Wunsch, Gen. Wepers wieder zu bekommen, könne nicht erfüllt werden, da W. abgeschrieben habe. Er schlägt vor, sich vorläufig mit einem Sekretär zu beschließen. Von den drei vorgeschlagenen Bewerbern wurde Genosse Weiß-Berlin gewählt. Abgegeben wurden 534 Stimmen. Genosse Weiß erhielt 247. Beschlossen wurde, eine Silvesterfeier abzuhalten und dem Vorstand dafür ein Komitee von 7 Personen zur Seite zu stellen. Ueber den Anschluß der Provinz Lübeck an den Freistaat Lübeck sprach Genosse Löwig. Er hält den Anschluß nicht für eine parteipolitische Frage, sondern für eine allgemeine politische und zweckmäßige Frage. Der Anschluß sei aber wünschenswert, da er im Interesse beider Teile liege. Auch wirtschaftspolitische Gründe sprächen für den Anschluß. Viele in der Provinz wohnende Arbeiter seien in Lübeck beschäftigt und hätten durch die Trennung in der Krankenversicherung, wie auch auf anderen sozialen Gebieten Nachteile. Auch das Schulwesen sei in Lübeck wesentlich besser geordnet als in der Provinz. Nach manche andere Gründe sprächen für die Angliederung der Provinz an Lübeck vom Standpunkt ihrer Bewohner. Die Genossen in der Provinz wirkten deshalb schon für den Anschluß. Ein Ausschuss sei dort schon eingesetzt, der die Propaganda für den Anschluß betreiben solle. Wenn unser Ziel auch der deutsche Einheitsstaat sei, so müßten wir doch vorläufig, wo alle Staaten für ihre Existenz wirkten, auch für eine verstärkte Lebenskraft unseres Staates eintreten. Wenn Lübeck mehr Hinterland bekomme, so könne sich seine Industrie und sein Verkehr mehr ausdehnen und man könne auch die Hoffnung auf eine bessere Lösung der Ernährungsfrage haben. Schleswig-Holstein bemühe sich auch um den Anschluß der Provinz, aber eine Konferenz der sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder der Ortsvereine der Provinz in Schwartau hätte sich für den Anschluß an Lübeck erklärt. Eine Verschärfung an Preußen lehnten unsere Genossen entschieden ab; das Selbstbestimmungsrecht verlangten sie unter allen Umständen. Eine Eingabe um Angliederung der Provinz an den Wahlkreis Lübeck-Mecklenburg sei von dort bereits bei der Nationalversammlung gemacht worden. Die Anschlußfrage sei eingehend zu prüfen, sei man dafür, dann müßte auch hier ein Ausschuss eingesetzt werden, der für den Anschluß wirke. Vielleicht wäre es praktisch, mit den bürgerlichen Parteien in dieser Frage gemeinsam zu arbeiten. Nachdem noch zwei Redner für den Anschluß gesprochen hatten, wurde einstimmig beschlossen, einen Ausschuss für die Angliederung einzusetzen und die Mitglieder dieses Ausschusses gewähle. Eine vom Genossen Curau beantragte Entschließung auf Verbleiben des Landesversicherungsamtes in Lübeck fand Annahme. Im Verschiedenen sprachen mehrere Redner über die Einwohnerwehr und die Reichswehr. Um die vorhandenen Mittel zu befestigen, wurde der Eintritt in diese Wehren empfohlen. Die Reichswehr dürfe nur aus Mitgliedern bestehen, die auf dem Boden der Republik ständen und auch bereit wären, die Republik gegen Angriffe von links und rechts zu verteidigen. Heute müsse man befürchten, daß manche Mitglieder der Reichswehr bei einem Angriff von rechts verlagten. Richtige Auffassung sei hier dringend nötig. Nachdem noch Genosse Passarge auf das Weihnachtsfest der Jugend hingewiesen hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die Verteuerung der Wohnungen.

Der „Neue Grundeigentümer-Verein von Lübeck und Umgegend“ hielt am Montag abend in den „Zentralhallen“ eine stark besuchte Versammlung ab. Der erste Vorsitzende des Vereins, Herr Weikel, eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß, nachdem alle Eingaben des Vereins an die Behörden ohne Erfolg geblieben wären, man durch eine öffentliche Versammlung den Forderungen der Hausbesitzer Nachdruck verschaffen müsse. Darauf sprach Herr Bankdirektor Hüner-Hamburg über „Die Lage des Grundbesitzes unter der jetzigen Zwangswirtschaft“. Redner beschäftigte sich mit den Zwangsmaßnahmen der Behörden, mit der Zwangswirtschaft und der freien Wirtschaft. Er trat für letztere ein, erkannte aber an, daß es in der heutigen Zeit ohne einen gewissen Zwang nicht geht. Auch ohne Zwangsmaßnahmen der Behörden in der Wohnungsfrage würde es nicht gehen. Man müsse aber darnach streben, sich mit den Behörden zu verständigen. In Hamburg bestehe ein gutes Verhältnis zwischen Behörde und Hausbesitzer. Wenn man immer den Rat der Sachverständigen einhole, so hoffte er, würde auch in Lübeck eine Verständigung möglich sein. Auf dem Wohnungsmarkt richteten sich die Preise hauptsächlich nach Angebot und Nachfrage. In Lübeck seien die Wohnungen recht billig. Redner schildert dann das Wohnungswesen vor und während des Krieges, wo die Hausbesitzer sich vielfach schlecht gestanden hätten. Auf die Dauer könnten die Hausbesitzer diese Zahlen nicht tragen, umso weniger, da die während des Krieges und jetzt erlassenen Zwangsbestimmungen den Hausbesitzer noch mehr belaste und eine angemessene Erhöhung der Mieten unmöglich mache. Das Miteigentumsamt hätte neben vielen anderen Rechten auch das Recht, die Miete festzusetzen. Entsprechend der höheren Ausgaben für die Erhaltung der Häuser müßten die Mieten gesteigert werden. Die gemeinnützige Baugesellschaft „Produktion“ in Hamburg, der man gewiß nicht Mietwucher vorwerfen könne, hätte infolge der hohen Inflationsschulden die Verzinsung von 8 auf 12 Prozent herausheben müssen. Man müsse nach einer Wirtschaft streben, die das Bauen und eine angemessene Verzinsung des Kapitals ermögliche. Wenn die heute erfolgenden harten Eingriffe in das Eigentumsrecht der Hausbesitzer mit der nötigen Rücksichtnahme und Schonung ausgeübt würden, könne und müsse man sich damit abfinden. Die von einigen Kreisen geplante Sozialisierung des Wohnungswesens enthielten noch weit härtere Eingriffe in das Eigentumsrecht. Mit einem Lob auf das freie Eigentum und auf die freie Wirtschaft schloß der Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag.

Herr Dr. Hirschberg vom Miteigentumsamt war im allgemeinen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und versuchte dann die Magnahme des Miteigentumsamtes zu erklären und zu rechtfertigen. In allen Fällen würden die Verhältnisse der Mieter und Vermieter gebührend berücksichtigt und das Gutachten der Sachverständigen eingeholt. Den Wert der Grundstücke hätte man jetzt gegenüber früher um durchschnittlich 15 bis 20 Prozent höher bemessen und dementsprechend die Mieten gesteigert. Eine 7prozentige Verzinsung hätte früher hier genügt. Im Gegensatz zum neuen Verein hätte der alte Grundeigentümer-Verein sich damit einverstanden erklärt. Wenn ein Haus in den letzten Jahren mehrfach mit hohem Verdienst verkauft worden sei, so könne man diesen hohen Preis nicht mit einer 9 bis 10prozentigen Verzinsung zugrunde legen. In jedem Falle würde aber nach dem Gutachten der Sachverständigen und nach Recht und Gesetz entschieden. Auch bei der Zwangseinkaufung handle man nach Recht und Billigkeit, das bewiesen auch die nur vereinzelt erhobenen Beschwerden. Herr Spemann, als Mitbegründer des Vereins, zieht gegen das Miteigentumsamt scharf vom Redner. Für die Not der Hausbesitzer hätte es kein Verständnis. Eine Verzinsung von 20 Prozent müsse man fordern. Die Reparaturen wären ganz ungeheuer im Preise gestiegen. Die Einwohner vermehren sich jetzt viel mehr als früher, weil sie im Miteigentumsamt eine Stütze gefunden hätten. Dr. Hirschberg fehlte jegliche Kenntnis im Wohnungswesen, er vertrete nur den Standpunkt der Mieter. Den Wert der Grundstücke kenne er (Redner) viel besser (natürlich), da er viele Grundstücke besitze und davon lebe. (Trotz der Not wohl nicht schlecht? Red.) Anderswo würde das Dreifache bezahlt wie in Lübeck. Die Grundstücke müßten mindestens um 100 Prozent im Werte erhöht werden. Heute, wo wir ein Geschäft machen können, hindert uns die Zwangswirtschaft daran

und das Miteigentumsamt drückt uns. Wir wollen nichts Ungerechtes, sondern nur unser Recht. Heute herrscht die rauhe Faust, die müßen wir auch zeigen. Die Anwesenden sollten die Mieten nur ruhig weiter steigern, dann würde das Miteigentumsamt die Arbeit nicht mehr bewältigen können. Die Rechte der Hausbesitzer seien am besten im neuen Verein gewahrt, darum solle jeder diesem Verein beitreten. (Stürmischer Beifall.) Herr Fick beschwert sich ebenfalls über das Miteigentumsamt. An der diktatorischen Macht desselben habe aber hauptsächlich die Bürgerchaft Schuld. Demgegenüber betonte Herr Dr. Hirschberg, daß das Miteigentumsamt die Rechte und die Macht nicht von der Bürgerchaft, sondern vom Reich erhalten hätte. Man bemühe sich, vollständig unparteiisch zu urteilen. Auch Herr Dr. Fick sei bestrebt, jegliche Parteien zu vermeiden. Nachdem noch einige Redner im Sinne der Hausbesitzer und zum Teil gegen das Miteigentumsamt gesprochen hatten, nahm Herr Dr. Hirschberg nochmals das Wort und betonte, daß er zur Information, aber nicht als Angeklagter erschienen wäre. Die ihm widerfahrte Behandlung zwänge ihn, den Saal zu verlassen. (Er verläßt unter lebhaftem Handklatschen die Versammlung.) Die weiteren Redner wendeten sich ebenfalls meist scharf gegen das Miteigentumsamt und schloßen sich dem Hausbesitzer an. Einige Redner, darunter auch Herr Dr. Sievert, sprachen versöhnlicher. Schließlich fand folgende Entschließung Annahme: „Die heute in den Zentralhallen tagende öffentliche Versammlung der Haus- und Grundeigentümer von Lübeck und Umgegend erhebt von dieser Stelle aus Einspruch gegen die Bestimmungen der Verordnungen und Erlasse des Senats und Demobilisierungskommissars, die den Bestimmungen der neuen Reichsverfassung widersprechen und spricht ihre Ueberzeugung dahin aus, daß eine gesunde Fortentwicklung des Wohnungswesens nur unter tunlichst baldiger Wiedereinführung der freien Wirtschaft möglich ist. Sie fordert insbesondere: 1. Daß das Miteigentumsamt bei seinen Entscheidungen auf die gesteigerten Unterhaltungskosten für Grundstücke und auf die Entwertung des Geldes entsprechende Rücksicht nimmt. 2. Daß bei der Durchführung der Zwangseinkaufung, soweit solche unvermeidlich ist, gebührende Rücksicht auf die Bedürfnisse der Grundeigentümer genommen wird. 3. Daß die seit Januar 1919 erfolgten Erhöhungen der öffentlichen Abgaben von den Mietern neben der Miete erhoben werden. 4. Daß sachverständige Grundeigentümer vor Einführung von Verordnungen, die das Grundbesitzverhältnis betreffen, gehört und bei der Durchführung hinzugezogen werden.“ Sollte der Verein sich die Ansichten des Herrn Spemann zu eigen machen, was man nach dem großen Beifall, den er erhielt, annehmen kann, so wird es hohe Zeit, den Bestrebungen des Vereins entgegenzutreten. Bewuchert ist das Volk gerade genug.

Die Pferdefleisch-Angelegenheit stand am Dienstag abends vor der Zivilkammer zur Verhandlung. Der Präsident wies zunächst darauf hin, daß, da die Parteien sich nicht einig hätten, das Gericht aber zu einer Verurteilung kommen sollte, diese dahin gehen würde, daß sich der Käufer für die Ware der gesundheitspolizeilichen Kontrolle unterwerfen müsse. Ferner erfordere das öffentliche Interesse, dem Verkauf im freien Handel nicht stattzugeben. Herr Rechtsanwalt Jakobson als Vertreter der Firma Herzig-Hamburg und der Cabowischen Erben macht für die Firma Herzig, die ein neues Angebot von 1,50 Mk. die Dose und damit von allen Firmen das bisher höchste Angebot gemacht hat, den Vorschlag, die Ware auf gleiche Kosten der beiden Parteien von einer Hamburger Nahrungsmittelfabrik unter ständiger Kontrolle umarbeiten zu lassen und sie dann gemeinsam vom Käufer und Verkäufer zu verwerten. Man könne nach der Umarbeitung die Ware auch den Kommunen zu einem bestimmten Preis zum Kauf anbieten. Die geforderte Kontrolle könne von Hamburg ausgeübt werden. Von diesem Vorschlag vertritt er sich das beste Ergebnis für beide Parteien. Der Vertreter der Stadt Lübeck, Herr Rechtsanwalt Dr. v. Broden, lehnt die gemeinsame Verwertung ab. Nur durch Umarbeitung und Ausfortierung der schlechten Stücke sei eine Verwertung möglich. Wenn auch keine gesundheitliche Gefahr vorliege, so müsse das Landesverwaltungsamt doch auf ein Miteigentumsrecht bestehen und darauf sehen, daß die Ware nicht im freien Handel oder gar im Schleichhandel zu hohen Preisen verkauft würde. Eine Kontrolle sei unbedingt nötig. Die früher geplante Versteigerung hätte auch nur unter scharfen Bedingungen für den Käufer erfolgen können. Herr Jakobson verweist die Firma Herzig gegen die Ansicht des Schleichhandels oder Wuchers. Da die Gemeinlichkeit bei der Verwertung absehbar sei, müsse er erst mit seinem Auftraggeber über das Weitere Rücksprache nehmen. Fraglich sei es, ob unter den erwähnten Kontrollvorschriften sein Mandant den Kauf aufrecht erhalten würde. Das Landesverwaltungsamt hätte kein Recht, auf Preisfestsetzung und Preiskontrolle, um so weniger, wenn das Gericht die gesundheitspolizeiliche Kontrolle für ausreichend hält. Schließlich wird vereinbart: beide Vertreter nehmen in den nächsten Tagen mit ihren Auftraggebern zu der veränderten Situation Stellung. Unterwerfe sich Herzig der Kontrolle des Landesverwaltungsamtes, dann sei, weil er das höchste Angebot gemacht habe, der außergerichtliche Verkauf mit ihm als abgeschlossen zu betrachten. In den nächsten Tagen findet ein weiterer Termin statt. — Trotz aller Verhandlungen herrscht in der Öffentlichkeit über die Herkunft und den Anlauf des Fleisches noch völliges Dunkel. Es ist übrigens bezeichnend, daß die Firma Herzig nach dem „Fremdenblatt“ weder im Telefonbuch und Adressbuch noch im Handelsregister genannt wird.

Gebühr für Auslandsbesuche. Wie die Handelskammer mitteilt, ist vom 1. Dezember d. J. ab die Gebühr für ein gewöhnliches Dreiminutengespräch von Lübeck nach Dänemark auf 9 Mk., nach den Niederlanden auf 4,80 Mk. erhöht worden.

Ueber das technische Mittelschulwesen spricht Herr Prof. Dipl.-Ing. Mahn auf Veranlassung des Bundes für Erziehung und Unterricht am Mittwoch, dem 3. Dezember abends 7 1/2 Uhr in der Erneittenschule. Es handelt sich um die gründliche fachliche Bildung auf den staatlichen mittleren technischen Schulen (Baugewerkschulen, Maschinenbaukschulen, Schiffbaukschulen, Kunstgewerkschulen, Textilschulen usw.). Jedermann hat Zutritt.

Vor dem Senat hatte sich am Dienstag der Kapitän Köster von der „Wilhelmine“, deren Eigentümer er war, zu verantworten. Er war am 14. November von Lübeck mit einer Ladung Düngers nach Fredericia unterwegs, mußte aber am 17. November wegen dichten Nebels hinter Travemünde landeinwärts halten und später Anker legen. Der Kapitän, der selbst Wache hielt, nahm dann wahr, daß seine Nacht in leichtes Wasser trieb und alsbald schwer auftrieb. Das Weiboot war abgetrieben. Am anderen Morgen gewahrten die Dahmer Fischer das Notsignal, worauf die Besatzung (Kapitän und Schiffsjunge) gerettet wurde. Die Nacht ist bald darauf durch den Wellenschlag zerbrochen. Ein Segel der „Wilhelmine“ war von der gefährlichen Stelle losgerissen, was unmöglich, da sie steif gefahren waren. Das Gericht betonte jedoch, der Kapitän hätte auf alle Fälle versuchen müssen, durch Segeln von Damshöft heranzukommen. Der Kapitän, dessen Schiff versichert war, erhielt sein Patent zurück.

Die Gesellschaft für Soziale Reformen veranstaltet am Freitag, dem 5. d. Mts., abends 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung im Restaurant „Hohenzollern“, Hauptstraße 17, in der Direktor Dr. Hartwig über die Sozialpolitik im neuen deutschen Kaiserreich sprechen wird. An den Vortrag schließt sich eine freie Aussprache an.

Stadttheater. Als nächste Vorstellung für die Schauspielergemeinde wird am Donnerstag Friedrich Hebbels „Diamant“ gegeben. Eintrittskarten zu dieser Vorstellung sind an der Theaterkasse zu haben. Am Freitag findet die erste Wiederholung von „Rain“ und „Feuersnot“ statt. Am Sonnabend wird zum ersten Mal „Der Vogelkämpfer“ gegeben.

Excursionsdienst. Aus einem industriellen Unternehmen in Schlutup sind in der Nacht vom 2. ds. Mts. drei Treibriemen gestohlen worden, die eine Klemme 12 Meter lang, 10 Zenti-

meter breit, der andere ist 16 Meter lang und 10 Zentimeter breit und der dritte 7 1/2 Meter lang und 12 Zentimeter breit.

Ein Musterloffer mit Juwelen gestohlen. Vor dem Eingang eines Hotels im Schüsselbuden ist gestern der Musterloffer eines Reisenden gestohlen worden, der G. S. 2 gezeichnet ist. Der ziemlich umfangreiche Koffer enthielt goldene Herren- und Damenringe, diverse Colliers sowie silberne und amerikanische Double-Schmuckfächer. Der gestohlene Inhalt hat einen Wert von etwa 50 000 Mark.

Ermittelte Einbrecher. Ermittelt und festgenommen wurde ein in der Fischergrube wohnhafter Steiniker und ein dortselbst wohnhafter Arbeiter wegen Einbruchsdiebstahls. Die Festgenommenen sind überführt und geständig, aus einem Hause in der Geniner Straße diverse Kleidungs- und Wäscheartikel gestohlen zu haben, auch haben sie unlängst eine Gartenbude auf dem Heiligen-Geistkamp erworben und die in der Bude befindlichen Sachen gestohlen. In ihrer Wohnung fand man außer dem genannten Diebesgut Fleischreste. Dieses soll von einem Hammel stammen, den die Festgenommenen in der Nähe von Schwartau gestohlen haben wollen. Der Geschädigte konnte bisher nicht ermittelt werden. Derselbe wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei, Schüsselbuden 16, zu melden.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Der Jugendverein hat für Dezember folgende Veranstaltungen beschlossen: Donnerstag, 4. Dez.: Diskussionsabend. Sonnabend, 6. Dez.: Plattdeutscher Vortrag von Gen. Schmidt. Sonntag, 7. Dez.: Wegen Besetzung des Lokals fällt der Reigenabend aus. Donnerstag, 11. Dez.: Vespere zum Weihnachtsfest. Sonnabend, 13. Dez.: Lieberabend. Sonntag, 14. Dez.: Tour nach Lübeck. Donnerstag, 18. Dez.: Reigen. Sonnabend, 20. Dez.: Teilnahme an dem Unterhaltungsabend in Krügers Gasthof. Sonntag, 21. Dez.: Bunter Abend. Dienstag, 23. Dez.: Weihnachtsabend im Jugendheim. Sonntag, 28. Dez.: Monatsbesprechung. Es wurde noch angeregt, mit der Agitation für die schulclassene Jugend jetzt schon einzusetzen, da von gegnerischer Seite damit bereits begonnen wurde.

Landesausschussung der Provinz Lübeck.

Cutin, 1. Dezember. Steuererrat Christian Jensen gibt eine Erklärung ab des Inhalts, daß die Anlagen des Gen. Glo gegen seine Person auf irrtümliche Voraussetzungen beruhen. Glo hält seine Behauptungen aufrecht und belegt sie. Der Präsident nimmt seinen Beamten in Schutz und verlangt ein formelles Verfahren, da der L. A. keine Gerichtsbehörde sei. Bei der Beratung des Voranschlages wird beschlossen, eine Kommission zu ernennen, die sofort die Moore des Landes auf ihre Ertragsfähigkeit und Ausnutzungsfähigkeit untersuchen soll. Der Bau des Fischerhagens Riendorf wird beschlossen und die Summe von 300 000 Mark bewilligt. 150 000 Mk. zu dem Zweck kommen aus dem Kurfonds. Die Nachmittagsung ist ausgefüllt mit Beratungen über den Voranschlag. Frau Wok-Ziek verliert eine politische Debatte zu entfallen, indem sie statt 4 nur 3 Minister in Oldenburg wünscht. Sie hat aber mit ihrem Wunsch kein Glück. — Sitzung vom 2. Dezember, vormittags. Bartels plädiert für eine Demokratisierung der Cutiner Regierung. Steinhof, der Demokrat, erklärt mündlich: „Demokratisierung ist ein Experiment, das mache ich nicht mit.“ Im nächsten Augenblick mündlich: „Ja bin natürlich auch für Demokratisierung.“ Erklärung überflüssig! Hattenbach stellt den Antrag, Schularze anzustellen. Es entspinnt sich eine sehr lebhafteste Debatte hauptsächlich darüber, ob 1mal oder 2mal untersucht werden soll. Frau Wok-Ziek und Herr Blohm treten besonders warm für eine viermalige Untersuchung ein. Der Antrag wird genehmigt. Auf Antrag des Herrn Bürgermeisters Mahlfeldt wird die Position betr. Zuerstuloseilorge von 8000 auf 10 000 Mk. erhöht. Sehr lebhaft wird die Debatte wieder bei der Bewilligung der Mittel für die landwirtschaftliche Winterkühe.

ir. Cutin. Gemeinderatsung. Zur Deckung der Teuerungszulagen im Betrage von rund 160 000 Mk., die durch eine besondere Steuer für 1919 erhoben werden soll, sind in den diesbezüglichen Prüfungsansuchen u. a. die Genossen Henkel und Müller gewählt. Die Verzinngsteuer fand einstimmige Annahme. Die Erhebung eines Zuschlages zur Grunderwerbssteuer von 1 Proz. ist angenommen. Die Errichtung einer Unterprima-Klasse in der Realschule fand keine Zustimmung, dagegen soll es den jetzigen Kindern ermöglicht werden, durch alle Klassen durchgehen zu können. Bewilligt wurden die Mittel für den elektrischen Anschluß für diese Schule. Ferner bleibt die Vorstufe bestehen, da sonst die unkontrollierbaren Privatgärten gefördert würden. Das Technikum erhielt einen Zuschuß von 6000 Mk. Ein Antrag auf Steuererlass der Kriegshinterzieheren fand Annahme. Der Gemeinderat behält es sich aber vor, in dieser Angelegenheit von Fall zu Fall eine Entscheidung zu treffen. Ueberrommen werden von der Stadt die feststehenden Kosten der Volkshochschule.

Schönberg. Mehlschieber. Durch die Gendarmerei wurde auf dem Wege Westerberg-Petersberg bei Schönberg ein Lübecker Schleichhändler mit neun Zentnern Weizenmehl abgefangen. Das Mehl wurde beschlagnahmt.

Hamburg. Wiedereöffnung der Vulkan-Werke. Nach mehreren Besprechungen, die zwischen dem Arbeiter- und Angestelltenrat und der Werkleitung stattgefunden haben, wurde am Dienstag im Gewerkschaftshaus eine von mehr als 4000 Leuten der Werk bejuchte Versammlung abgehalten, in der alle Teilnehmer sich auf den Boden der Ordnung stellten. Die Angestellten und Beamten des etwa 6000 Leute beschäftigten Werkes werden am Freitag dieser Woche ihre Plätze wieder einnehmen. Mit der allmählichen Wiedereinstellung der Arbeiter wird am Mittwoch, dem 10. Dezember, begonnen.

Hamburg. Zueiner fürmischen Metallarbeiter-Versammlung kam es Montag abend in Sagebiels Etablissement. Auf der Tagesordnung stand 1. Antrag auf Erhebung eines Extrabeitrages für die Unterstützung der Erwerbslosen. 2. Bericht von der Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde in der namentlich von Werftarbeitern sehr stark besuchten Versammlung der Antrag gestellt, als ersten Punkt der Tagesordnung die Vorgänge auf der Vulkanwerft zu behandeln. Der Antragsteller wies unter lebhaftem Beifall eines Teiles der Versammlung darauf hin, daß die Angelegenheit der Vulkanwerft doch weit wichtiger sei, als die Berichtserstattung von der Generalversammlung; denn durch die Schließung der Vulkanwerft seien wieder Tausende von Metallarbeitern brotlos geworden und werde die Kasse jedenfalls sehr stark in Mitleidenhaft gezogen werden. Von anderer Seite wurde dagegen betont, daß dies eine rein sachliche Angelegenheit der Werftarbeiter sei, und daß diese in ihrer Sektionsversammlung darüber allein zu beraten und zu beschließen hätten. Der Antrag auf Verrückung der Tagesordnung wurde abgelehnt. Zur Unterstützung der Erwerbslosen wurde beschlossen, daß die in Arbeit stehenden Kollegen für den Dezember einen Extrabeitrag von vier Mark oder zwei Mark zu leisten haben. Ein Antrag, daß diejenigen Angestellten des Metallarbeiterverbandes, die einen größeren Tagelohn als die beschlagnahmten Werftarbeiter haben, diesen an die Erwerbslosen abzuführen sollen, wurde mit lebhaftem Beifall und lautem Gelächter begrüßt. Die Debatte über diesen Punkt, die sich ziemlich lebhaft gestaltete, wurde nach dem „Hamb. Freibl.“ dauernd von den Werftarbeitern durch Zwischenrufe unterbrochen. Das Ergebnis der Aussprache war die Annahme des Extrabeitrages und die Ablehnung eines Antrages auf Entnahme von 40 000 Mark aus der Sozialkasse für die Erwerbslosenunterstützung. Nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung verließen die meisten Versammlungsbesucher den Saal.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Stadthallen-Lichtspiele

Mühlenbrücke 18.

Das modernste Lichtspiel-Theater Lübecks.

Nur noch 2 Tage!

Der größte Film der Gegenwart!

Die siebente Großmacht.

Drama in 7 Akten.

Ausserdem:

Die Lieblingsflamme des Maharadscha

Lustspiel in 3 Akten. 10827

Der letzte Liebesdienst

Drama in 3 Akten.

Nachm.-Vorstellung | Abend-Vorstellung

von 4-7 Uhr.

von 7-10 Uhr.

Keine erhöhte Preise!

Mit verstärktem Orchester.

Keine erhöhte Preise!

Zentralverband der Zimmerer. Zahlstelle Lübeck.

Berammlung

am 4. Dezember 1919, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.

- Tages-Ordnung:
- Bericht über Leutungsfrage.
 - Beschlussfassung über Arbeitszeit.
 - Bericht der Baugewerkschaft.

Zahlreiches Gekommen erforderlich.

10836 Der Vorstand.

Pelz-Haus

Ft. Zimmermann Beckergroße 50. I

bietet an als besonders vorteilhaft große Posten Alaskafuchs Blaufuchs Zobelfuchs v. 200 Mk. an.

Stunks Canin Blaufuch. Canin Zobel Kragen Eleg. Kragen und Muffen modernste Formen Mk. 45, 60, 75, 90, 125, 160.

Letzte Pelzhüte Mk. 45, 90, 150.

Pelzfelle, Kinder-garantieren in allen Preislagen.

Umarbeitungen jetzt noch schnell und billig.

Ein Hund zu verkaufen. Herrenhof Kolonie 191.

Beste Bezugsquelle für



Stiefwagen in allen Größen, bis 8 Reiter Transport und zerlegbar. (10839) C. Briesath Ww., Joh. Carl Landwehr Sandstraße 2.

Zentral-Theater

Moderne Stadtspiele

Johannisstr. 25. Früher Konopol.

Ab Dienstag nur 3 Tage

Schwarze Diamanten

Soziales Monumentalwerk in 7 Akten, nach dem gleichnamigen Roman von Maurus Jokai.

Das eiserne Recht

Schauspiel in 3 Akten.

Spieldzeit 4 und 7 Uhr. (10829)

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

Großer Ball

am Donnerstag, dem 4. Dezember 1919 im Gewerkschaftshaus.

Anfang 8 Uhr. Prozentkarte 1,50 Mk. Damenkarte 1,- Mk. Hierzu ladet freundlich ein Das Festkomitee. (10840)

Schuhmacher-Zunft

Die etwas weiter gestiegenen Lederpreise machen einen Aufschlag von 15% auf die Richtsätze vom 1. November notwendig.

Der Vorstand. (10835)

Karbid- u. Karbidlampen, Mantel und Gehäuse aus Roterguss.

Sämtliche Releventriebe für Fahrräder, Nähmaschinen und Geniesse.

Fahrradhaus Hermann, 10834, Friedrichstr. 10834, Telefon Schütz 192.

Beltgarnituren werden schnell und nach neuesten Formen billig umgearbeitet. (10795) H. Wagner, Holtenauerstr. 2.

Ad. Hübner, Urmacher u. Goldarbeiter, Flinthausen 12, Big. Straße, Lübeck.

Was

Schenke ich zu Weihnachten?

Die Frage löst unser 3. Stock.

Sie finden in großer Auswahl:

Kristallwaren:

Schüsseln, Vasen, Platten, Körner Toilettegarnituren usw.

Echtes Porzellan:

Kaffee- u. Tee-Service, Mokkatoßen, Luxustassen, Brotkörbe, Vasen und Figuren

Steingut:

Küchengeräte, Blumentöpfe und Vasen

Lampen:

Tisch- und Hängelampen, Kronen für Gas, Elektrizität, Petroleum und Karbid

Stahlwaren:

Bestecke, Tisch- u. Dessertmesser, Taschenmesser, Obstbestecke, Scheren, versilb. Löffel u. Gabeln

Rein-Aluminium:

Kochtöpfe, Schmortöpfe, Wasserkessel, Aluminiumgeschirre

Nickelwaren:

Kaffee- und Tee-Service, Brotkörbe, Butterdosen, Menagen, Löffel-Service, Gebäckkasten

Luxuswaren:

Figuren in Bronze, Kunstguß, Terrakotta und Gips, versilberte Aufsätze, Jardiniere, Schalen usw.

Haushaltwaren:

Brot- und Gebäckkasten, Reiben, Brotmesser, Fleischhacker, Teppichkehrer, Ofenschirme, Kaffeemühlen, Küchenwagen, Tafelwagen usw.

Bilder-Ausstellung

Holzgalanterie, Korbwaren,

Spezial-Ausstellung in Schreibzeugen (Marmor, Schwarzglas und Kunstguß).

Karstadt

Kudolph

Lübeck

Gewerkschaftstarell Lübeck.

Berammlung

der Vorstandsmitglieder u. Kartellbelegierten

am Freitag, dem 5. Dez., abds. 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: Technische Nothilfe. — Freiwilligenkorps. (10844)

Zu dieser Berammlung sind die Arbeiterausschüsse sämtlicher Betriebe und der Vorstand des Arbeiterrates eingeladen.

Gesellschaftshaus

Weisser Engel

Rageburg-Allee 29, Endstation d. Linie 1

Jeden Sonntag und Donnerstag:

Gr. Ballmusik.

Kaf. Sonntags 4 1/2, Donnerstage 6 1/2 Uhr.

Adlershorst. Tanz

Heute Donnerstag: (10741) Freitag: Großer Tanz-Abend. Sonntag: Gr. Ball. (10843)

Bauarbeiter-Verbd.

Bandelegierten-Berammlung

für Hoch- u. Tiefbau am Donnerstag, dem 4. Dez., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: Die Arbeitszeit im Hoch- und Tiefbau.

Jeder Bauplag muß vertreten sein. (10841)

Der Vorstand.

Gesellschaftshaus Pockenhof.

Morgen Donnerstag: (10797) Gr. Tanzfrühchen. Anf. 6 Uhr. F. Westphaling

Hansa-Theater

Mittwoch, 7 Uhr:

Die Faschingsfee.

Operette von E. Kalman. Donnerst. Dreimäderlhaus Freitag: 11. Gastspiel Hans Beckmann: Eine Balnacht. Sonnabend: Die Czardasfürstin. (10806)

Lunapart.

E.K. Diele, Beckergroße 2 I. Etage.

Verschossen und Ausspielen

von lebend. Geflügel pp. Reichhaltige Speisekarte (10819) Es laden ein: G. Schuhmacher, E. Tesmann, Heur. Goosmann

Stadttheater Lübeck

Mittwoch, den 3. Dezbr. Anfang 7 Uhr.

Der Doktor und der Apotheker.

Komische Oper in 2 Akten zügen von Dittersdorf. Der Dorfbarbier. Komische Oper in 2 Akten zügen von Schenk. Donnerstag, den 4. Dezbr. Schauspielgemeinde. Gelbe Karten.

Der Diamant

Freitag, den 5. Dezbr. 11. Vorstellung im Freila Abonnement.

Kain. Feuersnot.

Sonnabend, den 6. Dezbr. Der Vonehändler.

Zur Justizreform.

In Berlin hat eine Konferenz der einzelstaatlichen Justizminister stattgefunden, über deren Ergebnis der Reichsjustizminister Schiffer der Öffentlichkeit Mitteilungen gemacht hat. Die Ergebnisse sind an sich größtenteils nicht zu tabeln, entsprechen aber auch nicht der Bedeutung einer derartigen Zusammenkunft. Eine Justizreform hätte unseres Erachtens viel tieferliegende und dringlichere Fragen als die in der Konferenz erörterten in Angriff zu nehmen.

Die Erhöhung der Zuständigkeitsgrenze für Amtsgerichte von 600 auf 1200 Mark, für Kaufmannsgerichte auf 600 und für Gewerbegerichte auf 200 Mark ist eine automatische Rückwirkung der Entwertung des Geldes. Angesichts der jetzigen Verhältnisse auf dem Geldmarkt hätte man hier sogar noch weiter gehen können.

Von größerer grundsätzlicher Bedeutung sind die Fragen, die Stellung und Ausbildung des Berufsrichters betreffen. Daß man hier mit einer Anzahl überflüssiger Titulaturen, mit dem Amtsgerichtsrat, Landgerichtsrat, Justizrat, Geh. Justizrat und Geh. Oberjustizrat aufräumen will, ist zu begrüßen, aber ein verhältnismäßig nebensächlicher Punkt. Ob es richtig war, die Einführung von Altersgrenzen für die richterlichen Beamten abzulehnen, muß sehr bezweifelt werden. Was die Besetzung der Richter anbelangt, so wurde ein ganz wichtiger Grund aufgestellt mit den Worten: Weniger Richter, aber höher bezahlt. Die Bezahlung der Richter muß in der Tat ihrer Stellung und der außerordentlich hochqualifizierten Berufsbildung angemessen sein. Über die Konferenz hat das Hauptmittel zur Verminderung der Richterzahl übersehen. Es ist ganz richtig, wenn man dahin streben will, die Richter möglichst dem Richteramt selbst zuzuführen und alle nicht unmittelbaren richterlichen Funktionen mittleren Beamten zu überweisen. Aber damit spart man nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Richtern. Eine große Kräftevergeudung liegt in der Befehlsgewalt richterlicher Senate mit fünf oder gar sieben Richtern. In einer vor kurzem erschienenen beachtenswerten Schrift hat der Reichsgerichtsrat Niedner darauf hingewiesen, daß die Befehlsgewalt, auch der höheren Senate, mit nur drei Richtern keine qualitative Verschlechterung der Rechtspflege bedeuten würde.

Über die Vorbildung und Ausbildung ist im Kleinen manches Gute beschlossen worden. Aber die Hauptfrage hat die Konferenz nicht erörtert: Nämlich wie das Richteramt auch dem Unbemittelten zugänglich gemacht werden kann. Freilich hängt diese Frage auf das Engste mit der Schulfrage zusammen, mit der Einkommensteuer und dem Aufstieg der Begabten, deren Lösung nicht Sache der Justizministerien, sondern der Kultusministerien ist. Über ein Teil der Frage kann und muß auch von den Justizministerien gelöst werden. Eine Hauptschwierigkeit für den Zugang der Unbemittelten zum Richteramt liegt in der langjährigen Referenzzeit, während derer der künftige Richter dem Staate ganz unentgeltlich oder gegen ganz geringes Entgelt seine volle Arbeitskraft zur Verfügung stellen muß. Schon heute stehen sich sehr wohl solche Maßregeln entgegen, durch die Unbemittelten über die Referenzzeit hinweggeholfen werden kann.

Aber alle diese Fragen treten zurück hinter der wichtigsten, die überhaupt von der Konferenz nicht angeschnitten wurde: das ist die Vereinfachung und größere Volkstümlichkeit nicht nur der Rechtspflege sondern der gesamten Justizorganisation. Das Buchstaben- und Paragraphenrecht, die häufige Auslegungsschulung, das Urteilen nach theoretischen Beispielen, anstatt nach praktischer Lebenserfahrung und Lebenskenntnis, die Kompliziertheit der Befehle und ihre meist lateinisch unverständliche Sprache, — das sind die Krebsgeschwüre der Justiz, die zuerst der Reform bedürfen.

Aufklärungsfilms.

Im „Zeitungsblatt des Deutschen Lehrervereins“ lesen wir: Was Herber, einmal über die Bedeutung des Buches gesagt hat, daß es einem Menschen für sein ganzes Leben zum Guten leiten, aber auch zum Schlechten verführen kann; das gilt auch von dem lebenden Lichtbild. Auch der Film ist ein wichtiges Bildungsmittel, und das Lichtbildtheater kann eine höchst wirksame Erziehungsanstalt sein. Gerade wegen der täglichen Einwirkung

auf viele Hunderttausende — das Kino wandert bis ins kleinste Dorf — müssen seine Darbietungen vom Erziehungsstandpunkt beurteilt werden, ganz besonders, wenn es sich um Vorführungen für Kinder und Jugendliche handelt. Und da erheben sich gegen die neuen „Aufklärungsfilms“ schwerste Bedenken, die heute von Männern und Frauen aller Stände, Weltanschauungen und Parteien geteilt werden und die doch wirkungslos bleiben, wenn sie durch die andere Erziehungsinstanz, durch die Presse, bis ins letzte Haus getragen werden.

Aufklärung ist ein schönes inhaltreiches Wort: Jugend und Volk ist aufzuklären über die Dinge der Umwelt, über die Tatsachen der Vergangenheit, über neue Erfindungen, über Krankheitsträger, Gesundheitspflege und tausend nützliche Sachen. Auch die Aufklärung reifer Menschen über das Geschlechtsleben, über sexuelle Fragen, Krankheiten usw. ist eine erzieherische Maßnahme. Aber die neuen „Aufklärungsfilms“ verengen den Begriff „Aufklärung“ in bedenklicher Weise: sie befehlen nicht nur über Fragen, die im Geschlechtsleben aller Menschen eine Rolle spielen, die darum etwas Natürliches und Gegebenes sind, sie klären besonders auf über unnatürliche sexuelle Dinge, über krankhafte Neigungen, über verbrecherisches Handeln, über die Dunkelheiten des Geschlechtslebens. Dadurch aber werden viele Menschen erst mit sexuellen Krankheitserscheinungen, mit Naturwidrigkeiten bekannt gemacht, auf die sie von sich aus nie gekommen wären und die nur schädliche Einwirkungen haben können. Doppelt schlimm ist es, daß solche geschlechtlichen Verzerrungen und verbrecherischen Handlungen auch Kindern und Jugendlichen dargeboten werden. Ihre Phantasie wird unnatürlich überreizt und auf dunkle Wege gewiesen, von denen wir das junge Volk fernhalten müssen. Das ist keine Aufklärung mehr, das ist Verführung. An Beispielen liefert uns ein einziger Gang durch irgendeine Stadt erschreckendes Material; denn leider werden gerade die Aufklärungsfilms mit ihren das Geschlechtliche betonenden Ueberschriften und einzelnen besonders gefährlichen Bildern zur Straßenszene benutzt und wirken dadurch auch auf die Kinder ein, die die Darbietungen selbst nicht sehen. Man frage die Fürsorgeanstalten nach der Wirkung dieser Aufklärungsfilms!

Besserung kann nur durch Mitarbeit aller Kreise erzielt werden: der Presse, die Verführung- und Verbrecherfilme an den Pranger stellt, der Kinobesitzer, die ihren Zuschauern ein gutes Aufklärungsbild geben müssen, Eltern und Lehrern, die die Jugend mit aller Entschiedenheit von solchen Darbietungen geschlechtlicher Regelwidrigkeiten und Zügellosigkeit fernhalten und ihnen erzieherisch wertvolle Bildreihen zeigen müssen, der Regierung, die Ernst macht mit der verfassungsmäßig erlaubten Bekämpfung des Schunds und Schmutzes im Lichtspiel, und endlich auch der Jugend, in der durch Körperbewegung, Bildung und Erziehung der geistigen Kräfte, Vorstellungen und Willensregungen zu stärken sind.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 3. Dezember.

Zur Ausperrung im Holzgewerbe.

In Nr. 280 des „Lübecker Generalanzeigers“ war ein Bericht vom Arbeitgeber-Verband für das Holzgewerbe enthalten auf den wir zur Steuer der Wahrheit folgendes erwidern:

Wir haben am 28. 11. eine Zuschrift an Herrn Rat Dr. Eint gesandt in der Erwartung, daß er, um nicht einseitig zu erscheinen, sie als unparteiischer Verhandlungsleiter der Lübecker Bevölkerung zur Kenntnis bringt. Das Schriftstück lautet:

In den Demobilisierungskommis-
sionen
Herrn Rat Dr. Eint.

In Ihrer auf Wunsch des Arbeitgeber-Schuhverbandes, hier-
selbst
erstatteten Meinungsäußerung vom 26. d. Mts. ist u. a.

gesagt: „Die zentralen Verhandlungen sind ergebnislos abgebrochen.“

Diese Auffassung ist irrig und möchten wir die Tatsachen richtig wiedergeben. In der Schlußsitzung der zentralen Verhandlungskommission am 22. 8. 19 waren nur noch 4 Punkte strittig. Man einigte sich dahin, diese 4 Punkte durch das Tarifamt unter Vorbehalt des unparteilichen Freiherrn v. Berlepsch entscheiden zu lassen. Es herrschte unter den Parteien an jenem Tage vollständige Uebereinstimmung darüber, daß nach der erfolgten Entscheidung des Unparteilichen der Reichstaxist in der vereinbarten Fassung durchgeführt werden müsse. Dadurch, daß der Vorstand des Arbeitgeber-Schuhverbandes damals die bindende Verpflichtung für die Anerkennung des vereinbarten Reichstaxist übernahm, hat sich der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes von den Arbeitgebern bestimmen lassen, die damals laufenden Streiks aufzuheben.

Das Tarifamt hat unter Vorbehalt des Freiherrn v. Berlepsch die 4 Streitpunkte entschieden. Das Protokoll trägt die Unterschriften: Freiherr v. Berlepsch, Königinn (Vorl. des Schuhverbandes), Neumann (Vorl. des Holzarbeiter-Verbandes). Mit dem gegenseitigen Vertrauen, dem sich auch der Unparteiliche ausdrücklich anschloß, — daß nunmehr alle Hindernisse für den Abschluß des Reichstaxist ihre Erledigung gefunden hätten, gingen die Vertreter auseinander.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich, daß die Verhandlungen nicht ergebnislos abgebrochen sind, sondern zu einem Resultat geführt haben, für dessen Durchführung sich der Vorstand des Arbeitgeber-Schuhverbandes ausdrücklich verbürgt hat. In dieser Tatsache ändert auch der Umstand nichts, daß später die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schuhverbandes den Reichstaxist in der vereinbarten Fassung abgelehnt hat.

Wir stellen anheim, dem Arbeitgeber-Schuhverband von dieser Richtigstellung Kenntnis zu geben.
Hochachtungsvoll
Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Lübeck.
gez. Fr. Burckhard, Vorl.

Zu Absatz 5 in der Zuschrift des Herrn Rat Dr. Eint, in der gesagt wird, der Reichstaxist sei nicht zustande gekommen, er sei nicht an einer Meinungsverschiedenheit über die Arbeitszeit, sondern aus anderen Gründen gescheitert, erklären wir, daß schon am 4. bis 6. Februar 1919 das Tarifamt für das Holzgewerbe in Punkt 5 der Entscheidung festgelegt hat, daß beiderseitige Verbände berechtigt sind, vom 1. April 1919 Verhandlungen über eine anderweitige Regelung zu verlangen. Das war Herrn Rat Dr. Eint aus den Verhandlungen vom Juli und August d. Js. sehr gut bekannt. Wie nun der Unparteiliche sowie der Arbeitgeber-Verband für das Holzgewerbe dazu kommt, uns in der Zuschrift des „General-Anzeigers“ des Vertragsbrüches zu beschuldigen, ist uns unverständlich. Wir bewundern den Wunsch dieser Herren. Der Arbeitgeber-Verband trat mit Hilfe des Herrn Rat Dr. Eint in allen bisherigen Verhandlungen als Bionier des Wirtschaftslebens auf und betont jetzt, das Wirtschaftsleben könne keine Arbeitszeitverkürzung mehr verlangen. Auf den Gesundheitszustand der Holzarbeiter und die jährliche schlechte Ernährungsweise wird keine Rücksicht genommen. Jetzt kommt derselbe Arbeitgeberverband her und sperrt unbekümmert um das Wirtschaftsleben, das sie schützen mußten, 210 Holzarbeiter, die 46 Stunden arbeiteten, seit dem 15. November aus. Nicht genug damit, wurden am 29. November noch 87 Holzarbeiter, die ausdrücklich 47 Stunden arbeiten wollten, ausgesperrt! Die ausgesperrten Holzarbeiter bekamen alle ihren Entlassungsschein und damit befand sich der Arbeitgeber, daß das Arbeitsverhältnis mit ihren Arbeitern gelöst ist. Der Arbeitgeberverband beschloß, seine Mitglieder mit 5000 Mark Konventionalkasse zu belohnen, wenn sie willkürliche Holzarbeiter einstellen. Sie hindern also die Holzarbeiter an freierwilliger Arbeit.
Die Ortsverwaltungsstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes,
Zahlstelle Lübeck.

Berufsberatung und Stellensvermittlung. Die Berufsberatungsstelle hat im Interesse der Offern zur Schulentlassung kommenden Jugend außer ihren bisherigen Sprechstunden bis auf weiteres noch eine Sprechstunde eingelegt. Die männliche Abteilung für Berufsberatung und Stellensvermittlung im Arbeitsamt, Untertrave 104, Zimmer 10, hält Sprechstunden ab Dienstag, Mittwoch und Freitag von 12—2 Uhr und außerdem jeden Mittwoch nachm. von 6—8 Uhr. Die Sprechstunden der

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

31. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Warum sitzt du denn immer und liest die alten Geschichten von dem Eisenbahnunglück? Die Blätter sind ja für dich das Buch aller Bücher. Da steht der Grund zu all deiner Angst. Das sitzt an dir. . . Und nachts packt dich auch der Satan, daß du die tollsten Dinge fassst. Ah, was hättest du darum gegeben, wenn ich dich davon befreit hätte! Aber warum?“

„Sei still, Weib! Sei still!“ schrie er.
„Aber warum soll ich Mitleid haben mit dir? Du hast ja mein ganzes Glück gestohlen! Du hast ja meine ganze Jugend ruiniert! Du hast mich belogen! Du hast mir Gesellschaften, lukratives Leben, Geld versprochen und hälst mich schlechter als ein Scheuerweib! Ich war ja deine Elavin — du Henkersknecht!“

„Sei still, Weib! Sei still — sonst gnad dir Gott!“
Er hatte sie am Arm ergriffen. Sie rief sich los und sagte vor Wut mit heiserer Stimme:

„Rühr mich nur an! Unterlieh dich! Schlag doch zu!“
Er preßte die Hände vors Gesicht und stöhnte laut. Da kam sie näher zu ihm und wiederholte mit ihrer heiseren Stimme:

„Schlag doch zu! Schlag zu — wenn du's wagst!“
Er schleuderte sie zurück und ermannte sich noch einmal:

„Schweig, Infame! Geh hinaus, sag ich dir, pack deine Koffer! Morgen reisen wir ab.“

„Du Narr!“ lachte sie. „Ich und reisen!“
„Ich befehl's dir! Ich bin dein Mann!“

„Mein Mann! Mein Mann! Ein Hanswurst bist du!“
Ihm standen die Augen voll Tränen, er schämte wie ein wildes Tier. Aber noch hielt er sich an der Kante des Tisches fest.

„Warum willst du nicht mitreisen, wenn ich dich drum bitte?“
„Weil's mir nicht paßt! Weil's mir hier besser gefällt.“

„Dich hält hier was!“
„Wiesleibt.“

„Jetzt kam er langsam auf sie zu, den Kopf auf seinen Stirnhauten gebückt. Er ergriff sie nur lose bei ihren Händen und fragte mit ganz ruhiger Stimme:

„Ist das wahr — betrügst du mich?“
In seinen Augen lag ein solcher Schmerz, daß sie alle Furcht vor ihm verlor. Wie eine Dirne lachte sie ihm ins Gesicht:

„Natürlich betrügst du mich!“
Plötzlich fuhr sie vor seinem wutverzerrten Ausdruck zurück; die Lippen hatten sich förmlich gekrümmt, wie lange Blutgüssen schwellen die Ader an dem dunkelroten Gesicht. Er stieß ein dumpfes Stöhnen aus, während er sie an den Armen riß, daß die Knochen knackten. In ihrer Todesangst schrie sie laut gellend auf. Da schlug er sie auf den Mund, daß das Blut hervorprillte. Sie taumelte zurück, gegen das Postament ihrer eigenen Wärmorgane, die mit dumpfem Knack auf die Erde fiel. Er ergriff ihren

langen Haarschopf, riß sie ganz zu Boden und stürzte sich über sie. Sie schlug in ihrem Schmerz ihre Nägel in sein Gesicht, daß vier blutige Striemen von der Stirn bis zum Kinn seine Haut zeigten. Einen Augenblick besann er sich, als wenn die schrecklichen Bilder, die so oft seine Phantasie verwirrt hatten, noch einmal in ihm auftauchten. Dann ließ er seine Fäuste niederfallen, in ihre Augen, die nach anderen geschickt, auf ihre Lippen, die ihn belogen, gegen ihre Stirn, die nur Böjes im Sinn gehabt. Er riß ihre Seidenbluse in Fetzen und schlug ihre weißen Schultern wund, während sie zuerst laut schreie, dann dumpf röchelnd sich auf dem Boden wälzte.

Die unten hatten das Geschrei gehört. Mehr aufgeregt als ängstlich eilten sie aus dem Zimmer. Die beiden Frauen erfüllten das ganze Haus mit ihrem Kreischen und riefen einen Fleischergesellen herbei, der sich gerade im Hausflur befand. Dehwitz war die Treppe hinaufgestürzt. Er warf sich auf seinen Schwager, besann aber einen solchen Handlungsmaß, daß er zurücktaumelte. Doch nun eilten Mewes und der Fleischer herein. Mewes blieb an der Tür stehen und stopfte Tabak in seine Pfeife. Die beiden anderen fielen über den Ingenieur her, der noch immer mit wütenden Schreien alle von sich abwehrte. Er stand vor der wie tot am Boden liegenden Anna und ließ keinen nachkommen. Die Männer brüllten sich an, die beiden Weiber stießen noch immer ihr gellendes Kreischen aus. Der Hauptmann schleuderte ein vierkantiges Liniensack nach seinem Schwager, das an dessen Kopf vorbeisagte und die Glasscheibe des Bücherdranks zertrümmerte. Es war ein entsetzliches Durcheinander. Nun stürmte auch noch das Dienstmädchen mit einem fremden Herrn herein, den sie von der Straße gerufen hatte. Während Horstmann in wilder Verzweiflung nach der Tür sah, duckte sich der Fleischergeselle und rannte ihm mit voller Wucht gegen den Unterleib, daß er mit einem Schlag zusammensank. Jetzt hielten ihn alle umklammert. Der Herr und Alice zogen Anna beiseite und legten sie aufs Sofa. Horstmann wehrte sich noch immer, bäumte sich, zuckte mit Händen und Füßen und ließ ein heiseres Gekrüll aus. Der einzige Kaltblütige war der Fleischer, der auf ihm kniete und seinen Kopf gegen den Boden preßte. Das Mädchen brachte einen Haufen Wasche. Damit tnebelte er den Ingenieur kunstgerecht wie ein Stück Vieh und steckte ihm Taschentücher in den Mund, daß er nicht mehr schreien konnte. Mewes war fortgerannt, um einen Arzt zu holen. Alice und das Dienstmädchen trugen Frau Horstmann herunter, die noch immer kein Lebenszeichen von sich gab.

Auf der Treppe begegnete Lotte ihnen. Alice sagte ihr, was geschehen war, und wollte sie zurückhalten, aber sie eilte hinauf. Niemand bemerkte, daß sie ins Zimmer trat. Die gelähmt blieb sie im ersten Schreck an der Türe stehen, dann warf sie sich auf ihren Vater. Er krümmte sich hilflos am Boden, röchelte und schlug die blutigen Augen auf, die er in Todesangst und Wut rollte — da sah er über sich gebeugt seine Tochter. Sie wollte ihm das Tuch aus dem Munde nehmen, aber Dehwitz riß sie mit Gewalt zurück und drängte sie aus dem Zimmer.
„Das fehlt noch. Der wahnsinnige Hund!“ murmelte er.

Der Herr war gegangen. Dehwitz und der Fleischergeselle blieben jetzt allein mit dem Geknebelten. Grauenvoll, wie sie beide vor ihm standen in dem verwüsteten Zimmer und ihn anstarrten, selbst verzerrt, mit roten Köpfen, zerzausten Haaren, zerrissenen Kragen, während in ihren roten Gesichtern ein wilder Triumph lag, daß sie den Rasenden endlich überwältigt hatten.

Ein anderer Arzt kam dem Geheimrat zuvor und untersuchte Anna. Wie es schien, hatte sie innere Verletzungen davon getragen. Als der Geheimrat kam, hörte er schweigend an, was geschehen war.

Aber noch an demselben Abend fuhr er mit dem Kranken, den er beibrachte, nach der Anstalt von Grafenberg. Dehwitz und Mewes begleiteten ihn. Was der Geheimrat mit dem Direktor der Anstalt ausmachte, erfuhr der Hauptmann nicht. Aber als er auf dem Rückweg fragte, ob der Ingenieur noch einmal eine Gefähr für seine Umgebung werden könne, erwiderte der Arzt:

„Der nicht! Der hat mit dem Leben abgeschlossen, und das Leben mit ihm.“

XII.

Nachdem Frau Horstmann den Säugling ihres Mannes entzogen war, hatte sie Blut erbrochen. Der Arzt hatte deswegen befürchtet, sie habe noch innere Verletzungen davongetragen. Doch war das nicht der Fall. Aber sie war mehr von Kräften gekommen, als man nach den verhältnismäßig leichten Verletzungen hätte annehmen sollen. Drei Wochen mußte sie zu Bett liegen und konnte sich nicht rühren. In dieser Zeit waren ihre Verwandten mit rührender Sorge um sie bemüht. Die aufopferndste von allen war Lotte. Sie brachte Nächte hindurch am Krankenbett zu und las Anna jeden Wunsch an den Augen ab, als wenn sie die Mißhandlungen, die ihr Vater der Mutter zugefügt hatte, wieder gut machen wollte. Während Anna unter ihren Kompressen lag, und jede noch so leise Bewegung ihr Schmerzen machte, hatte sie das Gefühl, daß ihr Gesicht für immer entstellte sei. Eine dumpfe Hoffnungslosigkeit erfüllte sie. Sie glaubte nicht den Worten des Arztes, der ihr versicherte, daß nach einiger Zeit von den Wundungen nicht einmal Narben zurückbleiben würden. Eines Morgens küßte sie sich kräftiger und wollte Gehörigkeit geben. Mit fürchterlicher Angst, als wenn es sich um Freispruch oder Todesurteil handelte, ließ sie sich von ihrer Mutter den Spiegel geben. In dem Dämmerlicht, das durch die geschlossenen Stores schien, konnte sie sich nur undeutlich erkennen. „Nach Licht!“ hat sie mit gepreßter Stimme. Als dann die blendenden Sonnenstrahlen ins Zimmer fielen, betrachtete sie sich. Ein mattes Lächeln umspielte ihren Mund. Sie war blaß wie die Bettluder, auf denen sie lag, elend, hohlwangig, auf den blutlosen schlaffen Lippen hatten sich die Formen der Zähne eingezogen. Aber ihr Gesicht war unverändert. Von den Beulen und Schwellungen war nichts mehr zu sehen. Diese Vorlesung, daß ihr Gesicht von den rohen Hautschäden des Mannes zertrümmert sein würde wie der Kopf einer Puppe, die ein Kind zerbrochen hat, hatte sie unpaßlich gepeinigt.

Fortsetzung folgt.

Wöchentlichen Abteilung, Zimmer 6 im Arbeitsamt, nachmittags Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, mittags von 12 bis 2 Uhr, außerdem Dienstag und Freitag von 4 bis 6 Uhr nachmittags.

Verhüllungsgelegenheiten ab Holland. Ueber die Verhüllungsgelegenheiten ab Holland — direkt und mit Ueberladung bzw. in Durchfracht — gehen der Handelskammer aus Rotterdam 2—3mal monatlich entsprechende Zustellungen zu, die in der Kanzlei der Handelskammer eingesehen werden können. Nähere Mitteilungen hierüber können in der Kanzlei der Handelskammer eingesehen werden.

Arbeiterbewegung.

Eine Viertelmillion Mitglieder des Gemeindearbeiterverbandes. Einen gewaltigen Aufschwung hat im ersten Jahre nach der Revolution der Verband der Staats- und Gemeindearbeiter zu verzeichnen. Während die Organisation am 1. November 1918 40981 Mitglieder zählte, war deren Zahl am 1. November 1919 auf 254346 gestiegen. Das Tätigkeitsgebiet des Verbandes erstreckte sich im Vorjahre auf 214 Pflanzl.; nunmehr ist ihre Zahl auf 541 angewachsen. — So gewaltig der Zuwachs der Mitglieder in diesem ersten Jahre ist, so ist doch noch ein großes Stück Arbeit zu leisten, um alle Berufsangehörige der Organisation zuzuführen. Die Voraussetzungen dafür, das freie Koalitionsrecht für die staatlichen und kommunalen Arbeiter, sind durch die Ummwälzung gegeben. Hoffentlich wird die Organisation in nicht allzuferner Zeit die erste halbe Million Mitglieder buchen können.

Ein internationaler Holzarbeiterkongress. Einem Erluchen des Sekretärs der Internationalen Union der Holzarbeiter, Theodor Leipart, folgend, hat der Vorsitzende des Niedersächsischen Arbeiterverbandes, eine internationale Konferenz der Holzarbeiter auf den 8. Dezember nach Amsterdam berufen. Auf eine vorausgegangene Umfrage sind Zustimmungserklärungen eingegangen aus Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Norwegen, Oesterreich und Schweden. Auch aus Argentinien ist eine Delegation angemeldet. Voraussetzlich werden noch weitere Länder auf der Konferenz vertreten sein. Der Deutsche Holzarbeiterverband wird fünf Delegierte entsenden, darunter auch Theodor Leipart, der auch nach der Uebernahme des Amtes als württembergischer Arbeitsminister die Funktion des internationalen Sekretärs beibehalten hat. Auf der Tagesordnung des Kongresses steht u. a. die Wahl einer Kommission zur Beratung eines neuen Statuts, die Wahl des Landes, in welchem die Internationale Union ihren Sitz haben soll und die Neuwahl des Vorstandes. Ob diese Punkte Anlaß zu besonderen Auseinandersetzungen geben werden, läßt sich noch nicht übersehen, da ein direkter Verkehr mit den Organisationen in den Entente-Ländern nicht gepflogen wurde und deshalb die dort vorherrschende Stimmung nicht bekannt ist. Immerhin darf mit Sicherheit erwartet werden, daß der Kongress zur Wiederanknüpfung und Festigung der Beziehungen zwischen den Verbänden der Holzarbeiter in den verschiedenen Ländern führen wird.

Reich und Ausland.

Begrabnung eines sechssten Mörder. Der Bergmann Joseph Ritter, der fünf Mitglieder der Familie Wend-

mann in Grambow und deren Dienstmädchen auf bestialische Weise ermordet hat und beinahe sechsmal zum Tode verurteilt wurde, ist, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Dortmund gemeldet wird, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Auf offener Chauffee ermordet und beraubt. Auf der Chauffee von S o h l e n, in der Nähe von Schönebeck an der Elbe, wurde am Sonnabend abend die Leiche eines Angestellten der Firma Alendort, Eduard Weis, gefunden. Der Tote hatte einen Schuh in den Hals erhalten. 2000 M. Lohnscheck, die sich in Papiertüten mit dem Aufdruck der Firma befanden, sind ihm geraubt worden. Als Täter werden polnische Arbeiter vermutet.

Beschlagnahme von westrussischem Geld. Auf dem Bahnhof Rütin-Neukadt wurden 5 Millionen Mark 50-Rubelscheine von einem russischen Offizier in zwei großen Koffern aufgegeben. Das Geld wurde in Potsdam beschlagnahmt. Es sollte nach dem Baltikum geschafft werden. Der Offizier entkam.

Gesundheitspflege.

Bei der Behandlung von Lungenerkrankungen, besonders der Lungentuberkulose, hat die Volksmedizin immer Kräuter verwendet, die Kieselsäure enthalten, ohne deren Bedeutung und Wirkung zu kennen. A. D. Jinntraut (Schachtelhalm, Scheuerkraut, Rahenwedel), Bogelströcher (Nungenstrich, Blutrucht), Sand-Daun (Hohlzahn, Hanfmesel), Hirseljamen, Gerste. Nach Prof. Robert Jecht das Lungengewebe die mit dem Blutzirkum zugeführte, allfänglich A. in Form eines Tees genossene Kieselsäure an sich und speichert sie an. Gleichzeitig bewirkt die Kieselsäure eine Vermehrung der weißen Blutzörperchen. Die Verarbeitung von Kieselsäurehaltigem Tee und Nahrungsmitteln (Gerstengrüne, Gerstengraupensuppe und Hirseljamen) bildet eine wertvolle Unterstützung der Wasser-, Luft- und Sonnenbehandlung. Die große Zunahme der Lungenerkrankungen macht es zur Pflicht, jegliche unschädliche Volksmittel zur Behandlung heranzuziehen. Prof. Kühn empfiehlt eine Mischung von Feldschachtelhalm 75 Gr., Bogelströcher 150 Gr., Hohlzahn 50 Gr. Dreimal täglich werden 1 1/2 Tassen Tee mit zwei Tassen Wasser angefüllt und auf die Hälfte eingekocht.

Theater und Musik.

Das 7. Volksstämmliche Konzert brachte uns neben der Liebeskne aus Hektor Berlioz' dramatischer Sinfonie „Romeo und Julia“ und seiner Ouvertüre zu „Beatrice und Benedikt“, die beide bereits im 2. Sinfonie-Konzert nicht ohne Erfolg zum Vortrag gelangt waren, die „Hebriden“-Ouvertüre von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Die Konzert-Ouvertüre „Die Hebriden“ — Felix Mendelssohn-Bartholdy hörte sie in sich erklingen, als er nach einem Besuche bei Walter Scott die Fingalshöhle auf der Hebriden-Insel Staffa besichtigte — ist ein kernstark romanischer Muff und dazu von einer Lieblichkeit ohnegleichen. Unter Franz von H o e h l i n s zielsicherer Leitung kam die Ouvertüre muntergemäh zum Vortrag. Als Einleitung spielte man zwei Sachen des unsterblichen Mozart: „Eine kleine Nachtmusik“ für Streichorchester und „Symphonie concertante“ für Violine und Viola. Die „Nachtmusik“ trugen die Streicher frisch und flott und mit gutem Rhythmus vor. In der Sinfonie wirkten Konzertmeister Dirk Balfort (Violine) und Frederik Leidner

(Straßche) als Solisten mit. Der Akt der Brauthe vermachte auf das innigste mit dem feuchsten Ton der Violine. Beide Solisten legten herabes Zeugnis davon ab, wie meisterlich sie ihre Instrumente beherrschten. Das Publikum sollte ihnen lebhaftesten Beifall. War es wirklich notwendig, die Pause in dem ungenutzten Theater so lange auszudehnen? Man sollte doch meinen, daß die Musiker selbst den Wunsch haben müßten, so schnell wie möglich wieder „zu Mutteln“ zu kommen. Der Programmzettel zeichnete sich übrigens trotz seiner Kürze durch einige recht sinnstiftende Druckfehler aus. Als „Mann vom Bau“ müssen wir wohl, daß gegen den neckischen Kolob „Druckfehlerteufel“ noch kein Kraut gewachsen ist. Da jedoch mit den vollstimmlichen Konzerten gleichzeitig auch erziehlische Zwecke verbunden sind, ist bei den knappen Erläuterungen, welche die Zettel enthalten, auf allergrößte Sorgfalt zu achten. Daß man aus dem „Negro maestoso“ dem feierlichen Allegro, ein unverständliches „Allegro maestoso“ gemacht hatte, möchte noch hinzuschreiben, denn für 99 Prozent der Konzertbesucher bleibt die Bezeichnung so oder so ein böhmisches Dorf; aber der vielgeliebte Mozart heißt immer noch Wolfgang „Amadeus“ mit Vornamen, und Mendelssohn-Bartholdy ist leider schon 1847 (nicht erst 1877) gestorben. Er war ein Frühvollendeteter.

Karl Ohnesorg †. In Hannover, wo er an einem Operetten-theater wirkte, ist dieser Tage Karl Ohnesorg gestorben, der von 1808—1800 unter der Direktion Heinrich erster Kapellmeister des Lübecker Stadttheaters war. Ohnesorg war zwar kein blendender Musiker, aber sonst tüchtig und zuverlässig und im persönlichen Verkehr ein liebenswürdiger Mensch. Während seiner hiesigen Tätigkeit gelangte auch seine Oper „Die Bettlerin vom Pont de S t r i s“ zur Aufführung. Den Text hatte seine Frau nach Hauffs Erzählung bearbeitet. Die Oper erlang einen freundschaftlichen Erfolg. Längere Jahre war Karl Ohnesorg später in Halle und Breslau tätig, bis er schließlich in Hannover landete. Nun hat ein Herzschlag seinem Leben frühzeitig ein Ziel gesetzt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Zu dem Artikel „Kunstbarbarei“ möchte ich bemerken, daß die darin gerügte Gleichgültigkeit der großen Mehrzahl und Klugheit der „Aktiven“ sich leider überall zeigt. Im September weckte ich u. a. in Weimar und ging bei herrlichem Wetter natürlich auch in den Schlosspark. Dort steht auf hohem Sockel das Marmorstandbild Franz Liszts von Hahn. Es werden daran besonders die wundervoll modellierten Hände gerühmt. Die Linde umfaßt eine Notenrolle, die Rechte hängt frei herab. Die Finger auseinandergebreitet, als wolle der Künstler gerade die Tasten anschlagen. Dieser nervigen, prächtigen Künstlerhand fehlen — nämlich die Finger. Nur der Daumen ist noch vorhanden. Unsere Standfiguren auf der Puppenbrücke sind doch wenigstens noch ausbesserbar, diese Marmorhand ist unrettbar dahin. In Jena, wozu ich dann fuhr, steht auf dem berühmten Marktplatz gegenüber dem ebenso berühmten Hansfried ein Brunnen mit dem Relieftopfe Bismarcks, der Bismarckbrunnen. Er war durch Steinwürfe, die augenscheinlich diesem Kopfe gegolten hatten, arg beschädigt. Die ganze künstlerische Brunnenanlage ist vernichtet. Derartige Beispiele können noch mehr angeführt werden. Es ist tröstlich und beruhigend, im Unglück Genossen zu haben, heißt es sonst, in dieser Hinsicht ist es jedoch sehr tröstlich und sehr betrüblich.

An die Inserenten!

Wir können noch einige nicht zu große Inserate mitnehmen. Verlag des „Lübecker Volksboten“.

Wohlfeile Speiseanstalt.

Aus der Küche der Wohlfeilen Speiseanstalt wird gegen Zahlung ein Liter Mittagspeise an jedermann verabfolgt. Infolge der fortgesetzt steigenden Einkaufspreise muß die Zahlung für 1 Liter von 15 Pfg. auf 30 Pfg. erhöht werden. Diese Erhöhung tritt vom Montag, dem 8. Dezember 1919 ab in Kraft. Ausgabe der Speise: Mittags von 12—1 Uhr Stavenstraße 2. Lübeck, den 3. Dezember 1919. (10822)

Schlachtlohn.

Der Schlachtlohn beträgt vom 1. Dezember ab für 1 Schwein bis 100 Pfd. M. 6. — für 100—200 Pfd. M. 8. — über 200 Pfd. M. 10. —

Die Verwaltung des öffentlichen Schlachthofes.

Brennstoffarte E.

Die Brennstoffarte D verliert ihre Gültigkeit mit dem 7. Dezember 1919. Die Abgeber von Brennstoffen (Sandler, Verbräucher, gewerkschaftliche und sonstige Versorgungsanstalten) haben die ihnen nach dem genannten Tage noch vorliegenden Brennstoffarten B anzuhalten und der Ortshofenstelle anzuhalten. Ab 8. Dezember wird die Brennstoffarte E verwerthet. Auf die Karte hat nur Anrecht wer weniger als 5 Zentner Brennstoff (Einschl. Anrecht, Einschl. Kohlen, Brezstein, Braunkohlenbrühen und Rost) im Besitz hat. Die vorerwähnten Holzarten dürfen mit der doppelten Menge befreit werden. Bei dieser Erhöhung der abzugebenden Holzmenge ist es den Haushaltungen freigestellt, Holz auch abzugeben. Danach sind Haushaltungen ohne Befreiungsberechtigung zum Bezuge von 1 rm Holz und solche mit Befreiungsberechtigung zum Bezuge von 1/2 rm Holz berechtigt. Der Preis beträgt für 1/2 rm ungehauenes Abohenholz M. 81. — für 1/2 rm gehauenes Abohenholz M. 68. — Das in Klammern zu bezeichnende Holz ist nur zum Renditeplatz abzugeben. Lübeck, den 2. Dezember 1919. (10821)

Das Landesverforgungsamt.

Bekanntmachung.

Verbraucher von Benzol und Benzol-Petroleum werden ersucht, ihren Bedarf für den Monat Dezember in der Zeit vom 3. bis 15. d. M. bei der Ortshofenstelle Kanalegebäude Aufgang 6 anzureichen. Lübeck, den 2. Dezember 1919. (10822)

Das Landesverforgungsamt.

Beisitzer.

Von dem dritten Jahresbeitrag der Feststeuer ist die zweite Hälfte bis zum 15. Dezember d. J. zu entrichten. Lübeck, den 2. Dez. 1919. Das Beisitzeramt.

Ernestinen-schule.

Anmeldungen für die Studienanstalt und das Gymnasium zu Ostern 1920 nehme ich vom 1.—15. Dezember werktäglich von 12—12 1/2 Uhr entgegen. Mitzubringen sind Lauf- oder Gehschuhe, Impf-scheine, letztes Schulzeugnis und ein ausgefüllter Anmeldebogen (beim Schulwächter zu haben). (10799) Direktor Prof. Hempel.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zu unserer Hochzeit danken herzlich. (10650) Lübeck, d. 2. Dez. 1919. Heinrich Kundt u. Frau Frieda geb. Hal.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anlässlich unserer Vermählung danken herzlich. H. Cards und Frau geb. Pflaw. (10833)

Jung. Morgenmädchen f. H. Hausstand zu sofort gesucht. (10817) Sandstr. 79—81, vt. rechtl. Selb. Gehr-Monteur sucht Stellung auch außerhalb. Angeb. u. B. D. a. d. Exp. d. Bl. (10810) 1 Paar l. u. p. Schleppe, Gr. 48 u. 52, zu verkaufen. (10812) Al. Bogelung 5 c. Eine gute Zimmeln zu verp. zu beziehen nachm. ab 4 Uhr. (10825) Beatrixstr. 28. 1 Paar l. u. m. Jung. halbhöhe, Gr. 89, zu verkaufen. (10826) Sandstr. 79.

Ein Schankelpferd zu verk.

(10809) Vordestraße 12. Zu verkaufen gr. Puppenstube, wertvoll, m. all. Inhalt, Spiel, Sportm., Bettm., m. Bettzeug u. Puppen gr. Puppe, gekleidet, unzerbr., alles fast neu. Küche m. S. (10801) Holmannstr. 8 ll. rechts.

Puppenwagen u. Puppen-sportwagen zu verkaufen.

(10815) Fährstr. 1 Gr. Zu verkaufen Kinderwagen, hübl. Biber, gr. Emaille-Stratofanne. (10831) Rotwischstraße 57. H. l.

Chateaufongue mit Decke, Sofa, Tisch, Wasserkissen, Puppenwagen, Garnitur bill.

(10818) Red. runde 61. l. Zu verk. Zeitung m. Soldaten, Knab.-Mannes-Müge und Spiel. (10824) Ludwigsstr. 69, part., r.

Zamen-Saunhut, mind. Klappstuhl zu verkaufen.

(11814) Schönkampstr. 9a, v. Unterbett, gut etc. zu verk. (10808) Wandstr. 8.

Eine neue Kagenrichtung zu verkaufen.

(10811) Prodesstraße 52. Gr. Harne Fettel u. mehrere Junäger zu verkaufen. (10839) J. Klüver, Schwarzenauer Allee 133.

1 A. l. Stiel Gr. 27 1/2. 1 g. erb. Paletot a. vert., 1 Petroleummisch. 3 l. z. vert. (10832) Blumenstr. 18. 5.

Ger. Schürhiesel und Arbeiterhüte, Größe 46/47 zu verk. (10837) Mollinger Allee 90b, III.

1 guterhalt. schm. Tisch-lackett f. ältere Frau z. verk. (10819) A. d. Mauer 142. l. r.

Wir suchen für betriebsunterstützten Kriegsgeschädigten ein gut erhaltenes Damen-fahrrad m. Freilauf z. verk. Angebote m. Preis an die Hauptfürsorgestelle f. Kriegsgeschädigte, Unterstraße 104, Nummer 15. (10847)

Zu kaufen gel. Schankelpferd z. Schlitten. Ang. u. H. B. a. d. Exp. (10866) Friedr. Meyer & Co.

Valcot-Monogramme werden gest. Gr. 4 Mt. Material mitbringen. (10807) Wafenm. 164/8

Strickarbeiten aller Art werden angefertigt. (10816) Ritterstr. 12 a.

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919.

Textausgabe mit Sachregister. Preis M. 1.10. Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

Autogene Schweißerei.

Uebernahme aller Neuarbeiten und Reparaturen. Herm. Haase, (10848) Schlohermeister, Kückstr. 130. Telefon Schluß 130.

Glasarbeiten.

aller Art offeriert. O. Tausnitz, Glashandl. (10796) Fleischhauerstr. 35, S. 28/8.

Morgen frisch Fleisch.

Schönkampstr. 3.

Hillgers Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919.

enthält Lebenslauf u. Bilder der Mitglieder der Nationalversammlung. 2.50 Mk. Buchh. Fr. Meyer & Co.

Visitenkarten.

fertigt an (10866) Friedr. Meyer & Co.

Aufruf zur Hilfe für Deutschösterreich!

Unsere deutschen Brüder in Oesterreich leiden bittere Not. Wer deutsch fühlt u. denkt, muß ihnen helfen! Geld reich und reichlich!

Die Deutschnationale Volkspartei.

Eübeds nimmt Gaben entgegen in ihrem Geschäfts-zimmer Obertrave 16 und unter dem Stichwort „Wien“ auf ihren Konten bei der Commerzbank, Dresdner Bank, Lübecker Privatbank, Spar- und Anleihebank, Vorshub- und Spar-Vereins-Bank.

Deutschnationale Volkspartei Landesverband Eübed.

Morgen, Donnerstag, den 4. Dezember: Große öffentl. Versteigerung Fischstraße 36.

Versteigerung der Mobilien morgens 10 Uhr, der Kleidungsstücke nachmittags 3 Uhr.

R. Bruhn, öffentlich angeleiteter Versteigerer für bewegliche Gegenstände, Kontor: Fischstraße 36. Fernruf 977. (10842)

Sanitäts- u. Bandagenbedarf!

Leibbinden Bruchbänder Geradehalter Anfertigung künstlicher Glieder Chirurgische Instrumente Krankenpflege-Artikel Gummwaren

J. A. C. DETTMANN

Königsstraße 84 86. Wahnstraße 20. Lieferant für sämtliche Krankenkassen-Damenbedienungs. (10826)